

The background of the entire page is a black and white photograph of a sculpture. The sculpture depicts several stylized human figures in various dynamic poses, appearing to be in motion or struggling. The figures are made of a dark, textured material, possibly metal or stone, and are set against a light, hazy background. The lighting creates strong highlights and shadows, emphasizing the three-dimensional form of the figures.

Startbedingungen

*Was bringt das neue Schuljahr für Kita •
Grundschule • Förderschule • Gymnasium •
FOS/BOS • DaF u. a.*

DDS

*Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern*

**September
2007**

Inhalt:

Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht

Was bedeutet die frühere Einschulung für die Praxis
im Kindergarten?

von Petra Nalenz S. 3

Was ist aus der 4. Klasse geworden?

Der Tiefpunkt des dreigliedrigen Schulsystems!

von Irene Breuning S. 4

Und es bewegt sich doch (ein bißchen), das bayerische Schulsystem

von Gabi Gabler S. 6

Die neue Oberstufe im G 8 – durchgepaukt!

von Eugen Eder-Clouston

– im Namen der Landesfachgruppe Gymnasien S. 8

FOS/BOS – (Fach)Abitur zweiter Klasse

von Anna Forstner S. 10

Das Tabu ist gebrochen

Schulstrukturen sind ein Thema geworden

von Gele Neubäcker S. 12

Erst ins Ausland! Ja und dann?

DaF-Lehrkräfte mit Masterabschluss nach wie vor benachteiligt

von Thomas Kleber S. 14

Es reicht!

Von krankmachenden Gewaltstrukturen zu gesund erhaltenden
Notwendigkeiten im deutschen Schulsystem (Teil 1)

von Judith Barnickel S. 16

Für die Menschenrechte der Kurden! – Haydar Isiks Verhaftung

von Otmar Eholzer S. 19

Den Zahlen ein Gesicht geben ...

Kurzbericht von der Aktion »Ausbildung für alle«

am 9.7. in Nürnberg S. 21

Berichte und Leserbriefe S. 22

Dies und Das S. 23

Veranstaltungen S. 25

Glückwünsche und Dank S. 27

Kontakte S. 28

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
montags und donnerstags von 13.00 bis 16.00 Uhr
Telefon: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung,
Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle,
GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn
es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen
gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Keinerlei Erfahrung hatte unser Redaktionsteam bisher mit Evaluation in eigener Sache. Trotzdem wollten wir, die wir nun seit 5 Jahren diese DDS verantworten, endlich mal wissen, wie unsere Leserinnen und Leser unsere Arbeit einschätzen – deshalb hatten wir unserer April-Ausgabe einen Fragebogen beigeheftet und darum gebeten, ihn auszufüllen.

Jetzt wissen wir tatsächlich mehr: z. B., dass sich das Versprechen einer umgehenden Anonymisierung von Fragebogen nur einhalten lässt, wenn die Rückseite des Namensfeldes, das für die Verlosung der Buchgutscheine gebraucht wird, frei bleibt und nicht wesentliche Teile der Antworten enthält. Einige haben uns zu Recht auf diesen Widerspruch hingewiesen. Entschuldigung! Auch hatten wir die Arbeit unterschätzt, die die Auswertung eines Fragebogens bereitet, so dass wir bis heute eine systematische Darstellung der Ergebnisse schuldig geblieben sind. Wir versprechen aber, sie spätestens in der November-Ausgabe zu liefern.

Vorab schon mal dieses: Enttäuscht hat uns, dass die Beteiligung an unserer Befragung leider erheblich geringer war, als wir erwarteten. Überrascht hat uns, dass die meisten derjenigen, die uns antworteten, nicht dem Kreis jener angehören, die man als »die üblichen Verdächtigen« bezeichnet. Erfreut hat uns, dass die positive Bewertung unserer Arbeit durchaus überwog.

In der letzten Redaktionsitzung haben wir nun endlich die Verlosung vorgenommen, so dass wir heute zumindest die GewinnerInnen der Büchergutscheine bekannt geben können.

Es sind dies:

1. Hans-Joachim Schmidl, Atzesberg 7, 94065 Waldkirchen
2. Joe Lammers, Winzererstr. 136, 80797 München und
3. Petra Schweiger, Buschingstr. 9, 81677 München.

Die Büchergutscheine werden in den nächsten Tagen auf den Weg gebracht.

Auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich bereit erklärt haben, Artikel zu schreiben, werden demnächst von uns hören.

Karin Just

Folgende Themen sind in Planung bzw. in unserem Themenspeicher – Beiträge dazu und weitere Vorschläge erwünscht: Was tut sich in Hochschule und Forschung? • Umgang mit Kindern in Not • Sinkende SchülerInnenzahlen – Welche Utopien haben wir? • Jahrgangsübergreifendes Lernen und jahrgangsübergreifende Klassen • SchülerInnen und Mitbestimmung • Alternativen für die Gesellschaft • Bürgerschaftliches Engagement • Religionen • Gesundheit • Lebenszeit/Arbeitszeit – Arbeitszeitmodelle • Gesundheit.

**Wir bitten dringend um Beachtung
des Aufrufes zur Demonstration
»Soziale Arbeit ist mehr Wert«
auf Seite 24 dieser DDS.**

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 4 4 0 8 1 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.gew-bayern.de
Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 e-mail: KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Doro Weniger, Wolfram Witte.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/Horst Rudel

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht

Was bedeutet die frühere Einschulung für die Praxis im Kindergarten?

Seit dem Schuljahr 2005/06 wurde in Bayern damit begonnen, das Einschulungsalter für Grundschul Kinder vorzuverlegen. Im Schuljahr 2010/11 soll jedes Kind in dem Jahr eingeschult werden, in dem es 6 Jahre alt wird (Stichtag 31.12.).

Begründet wurde dieser Beschluss damit, dass Kinder in diesem Alter nach wissenschaftlichen Erkenntnissen besonders aufnahme- und lernbereit sind und das Schuleintrittsalter dem europäischen Standard angepasst werden soll.

In Europa variiert dieses Alter jedoch erheblich. So werden schwedische, dänische und finnische Kinder erst mit sieben Jahren schulpflichtig und besuchen in dem Jahr davor eine Vorklasse, in der sie systematisch auf die Schule vorbereitet werden. In den meisten Ländern beginnt die Schulpflicht mit sechs Jahren, zu den Ausnahmen gehören England und Wales, hier werden die Kinder schon mit fünf Jahren eingeschult.

Früher, schneller, besser?

Viele Eltern von Kindergartenkindern möchten gewährleisten, dass ihr Kind bestmöglichst gefördert wird, um später beruflichen Erfolg zu haben. Die Kinder sollen möglichst früh und schnell auf die Zukunft vorbereitet werden. So wird Fremdsprachenunterricht und zusätzliche musikalische Früherziehung gefordert, aus der Angst heraus, das Kind könne aufgrund mangelnder Förderung verkümmern

und auf einem schwierigen Arbeitsmarkt keine Chancen mehr haben. Die Kinder sollen vor allem ein Instrument lernen, weil es wissenschaftliche Erkenntnisse gibt, dass Musiker auch gute Mathematiker sind. Hier kommt das Bild des »Nürnberger Trichters« auf: Wenn in das Kind nur genügend Wissen hineinfließt, dann wird es auch besonders klug.

Zu den Aufgaben des Kindergartens gehört die Vorbereitung auf die Schule, vorschulisches Lernen findet jedoch ohne Leistungsdruck statt. Wie ein afrikanisches Sprichwort es so schön ausdrückt: »Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht.«

Das Thema Einschulung und Förderung wird jetzt häufig schon bei der Anmeldung im Kindergarten angesprochen. Vor allem bei den Eltern der jüngeren Kinder bestehen Ängste, ihr Kind könnte ohne zusätzliche Förderung und Programme in der Schule versagen. Aufgabe des Kindergartens ist hier, im Interesse der Kinder verstärkt mit den Eltern zu erarbeiten, wie Kinder lernen. Es ist nicht ausschlaggebend, schon mit vier Jahren lesen und schreiben, bis hundert zählen oder ein paar englische Reime zu können. Das Kind muss Enttäuschungen ertragen können, belastbar sein, zuhören können und Regeln einhalten. Diese Kompetenzen werden vor allem in spielerischen Situationen mit anderen Kindern erlernt. Lernen im Kindergarten ist vor allem entdeckendes und ganzheitliches Lernen, Spielen und Lernen finden hier verknüpft statt.

Als sehr wichtig erachte ich, dass Migrantenkinder möglichst früh den Kindergarten besuchen können, um ausreichend in ihrer Sprachentwicklung unterstützt und gefördert zu werden.

Um den Kindern einen guten Start zu ermöglichen, wird es in Zukunft noch wichtiger als bisher sein, intensiv mit der Schule zusammenzuarbeiten. Im Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan heißt es: »Die Kinder für die Schule aufnahmefähig zu machen und die Schule aufnahmefähig zu machen für die Kinder – dies ist ein aufeinander bezogener Prozess und eine gemeinsame Aufgabe.« Es bleibt zu hoffen, dass die Kooperationsbeauftragten der Grundschulen mehr Zeit zur Verfügung bekommen, damit eine wirkliche Kooperation entstehen kann.

von **Petra Nalenz**

Sozialpädagogin,
Leiterin eines Kindergartens in München



Was ist aus der 4. Klasse geworden?

Der Tiefpunkt des dreigliedrigen Schulsystems!

»Wozu soll ich mich anstrengen? Ich werde sowieso Hartz IV-Empfänger«, beschied ein Viertklässler eine Kollegin von mir. Ein Vater erzählte, wie seine Tochter über die Zwei in Kunsterziehung in einem sonst reinen Einser-Zeugnis geweint habe. Eine Mutter lässt sich in der Sprechstunde überzeugen, dass ihre Tochter aus mehreren Gründen am besten an der Realschule aufgehoben sei, um das Kind dann im Gymnasium anzumelden. Meine kluge Schülerin aus Togo bekommt das Übertrittszeugnis für die Realschule. Sie ist geeignet. Aber wer hilft ihr in den Situationen, in denen ein deutsches Kind mit der Hilfe der Eltern rechnen kann? Sie hat keinen Computer zu Hause; das Geld reicht nicht für zusätzliche Bücher, geschweige denn Nachhilfe. Ein türkischer Bub hat ein Fahrrad versprochen bekommen, wenn er entsprechende Noten im Zeugnis heimbringt. Als ich ihm sagen muss, dass es in Deutsch immer noch nicht für eine Drei reicht, bricht er in Tränen aus und ist nicht mehr zu beruhigen. Fahrrad ade!

Ich arbeite an einer ganz normalen Schule in einem sozial gut durchmischten Viertel in München. Nicht im Speckgürtel, wo klassenübergreifend derselbe Notenschlüssel gilt und die gleichen Proben geschrieben werden, um sich vor Eltern zu schützen, die mit dem Kadi drohen, wenn das Kind den Übertritt nicht schaffen sollte. Hätte die Klasse mehr oder andere Proben geschrieben, wäre sicher der richtige Schnitt vorhanden, glauben solche Eltern. Es gibt immer noch Menschen, die davon überzeugt sind, dass die Schullaufbahn ihrer Kinder letztendlich nur auf das Wohlwollen einer Lehrerin zurückzuführen sei. Einer meiner Schüler schrieb mir einen Brief: »Bitte streichen Sie die Vierer durch und schreiben Sie Dreier drüber. Dann habe ich mit meiner Familie schöne Ferien.«

Erwartungen des Gymnasiums

Viertklasslehrerinnen sitzen den KollegInnen eines Gymnasiums gegenüber, das unsere SchülerInnen in der 5. besuchen werden. Welche Übergangsprobleme gibt es? Warum klappt dieses und jenes so schlecht? Warum können sie dies und jenes nicht, obwohl es doch im Lehrplan steht? Junge, hochmotivierte und *leistungsorientierte* StudienrätInnen tau-

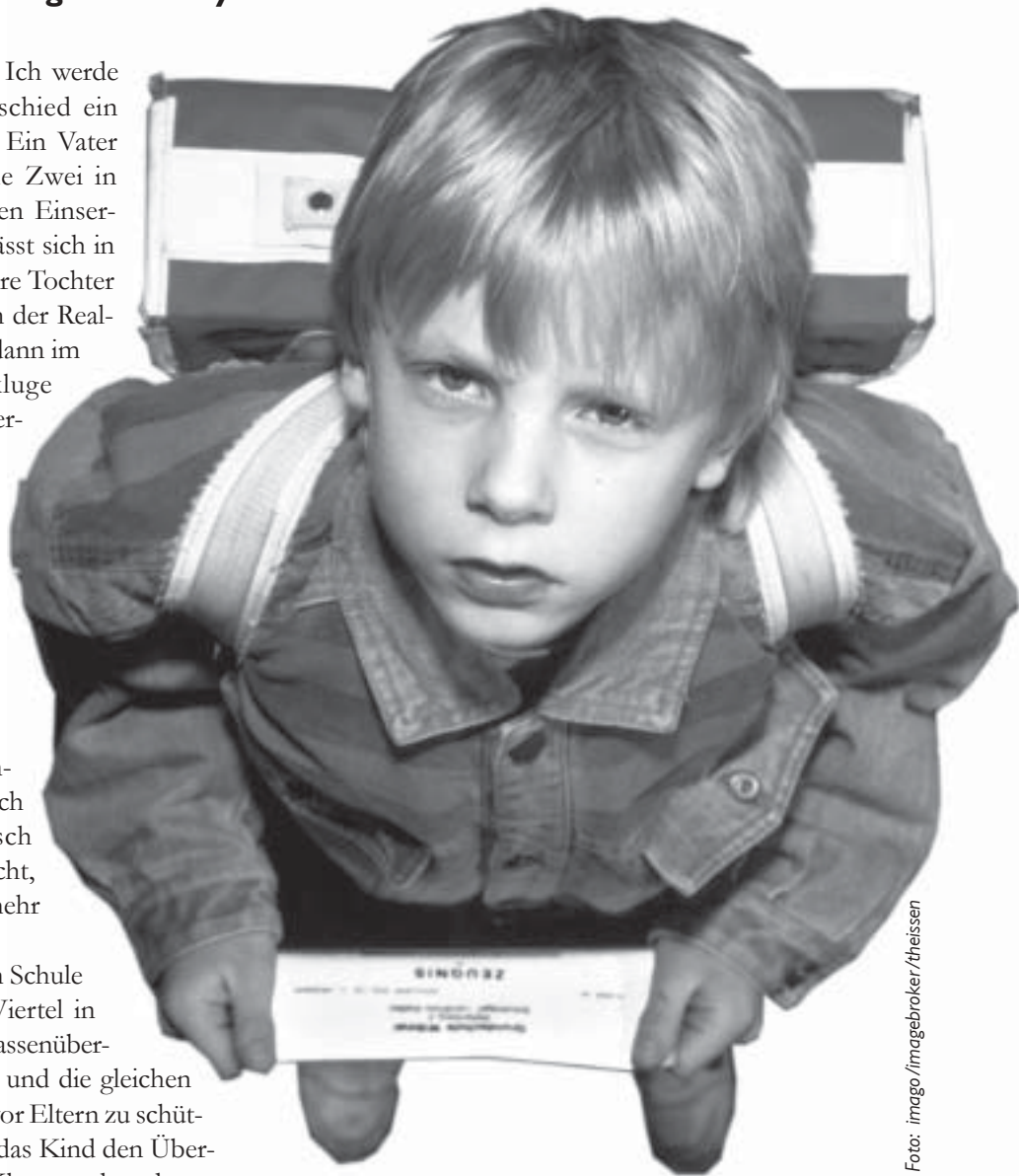


Foto: imago/imagebroker/theissen

schen sich mit uns aus: »Und dann steht mitten im Unterricht jemand am Pult und will etwas wissen, was überhaupt nicht zum Unterricht gehört.« So sind (manche) Kinder heute. Es ist nicht so, dass in der Grundschule jeder tun darf, was er will. Aber es ist schwerer geworden, einigen Kindern – und Eltern – zuverlässig Regeln beizubringen. Das gilt unter anderem auch für die Schriften, über die sie sich am Gymnasium beschwerten. Die Schriftnoten in der Grundschule sind abgeschafft. Und mancher Papa sagt auf Klagen meinerseits: »Na ja, sie schreibt halt nicht gern. Und ich hab' selber auch 'ne Klaue.«

Schlechte Voraussetzungen für die Hauptschule

»Was für Kinder schickt Ihr uns?«, fragte mich ein GEW-Kollege. »Die 5. Klasse ist die schwierigste geworden. Wir brauchen Monate, um die Kinder wieder aufzubauen.«

Es gab Zeiten, da musste man Eltern überreden, ihr Kind aufs Gymnasium zu schicken. Geling das nicht, ging dieses Kind auf die Hauptschule. Von meinen 19 SchülerInnen werden 5 die Hauptschule besuchen. Von denen können zwei die Grundrechnungsarten immer noch nicht sicher. Früher schickten wir Kinder, deren Gymnasialeignung unklar war, auch auf die Hauptschule, die heutigen RealschülerInnen sowieso. Seit der Einführung der 6-stufigen Realschule zeigen die Hauptschulkinder schon in der 4. Klasse Zeichen der Schulunlust und der Resignation, die ich bis dahin nicht kannte. Der Druck auf dem Arbeitsmarkt ist immens angewachsen. Die Kinder spiegeln die Ängste und die Enttäuschung ihrer Eltern wider, die ja durchaus berechtigt um die Zukunft ihrer Kinder bangen.

Neuer Lehrplan

Als ich studierte, standen Kinder mit schlechten Bildungsvoraussetzungen im Vordergrund. Ganz anders seit dem neuen Grundschullehrplan. Für die Einübung grundlegender Fertigkeiten fehlt die Zeit zugunsten der Bedürfnisse der weiterführenden Schulen. Obwohl in Deutsch für das Fach »Englisch in der Grundschule« in der 3. und 4. Klasse eine Stunde reduziert werden musste, kann ich keine Reduzierung der Lernziele entdecken. Im Gegenteil! Die lateinischen Begriffe wurden wieder eingeführt, Rechtschreiben wird durch die Übung von Strategien vermittelt, Geometrie und Grafiken bekamen einen erhöhten Stellenwert. So gut das klingt, es sind größtenteils Lernziele, die gut begabten Kindern entgegen kommen, deren Vermittlung aber entsprechend Zeit braucht. Dieser verkopfte Stoff ist eine zusätzliche Belastung für solche, die konkret-anschaulich lernen.

Der Übertritt

Nur in der 4. Klasse muss eine deutsche Lehrkraft das dreigliedrige Schulsystem nach allen Regeln der Kunst erklären, egal, wie sie dazu steht. Wer muss wo welchen Durchschnitt, Schwerpunkt Mathe und Deutsch, haben, um ohne oder mit Probeunterricht auf die gewünschte Schule gehen zu können? Eine grauenhafte Aufgabe! Die kroatischen Eltern können nicht glauben, warum ihr fleißiges Mädchen vielleicht am Probeunterricht für die Realschule scheitern könnte. Jetzt kommt mein »Aufbau«-Text: Das Kind kann es nach der 5. Hauptschulklasse wieder versuchen. Es kann

den M-Zweig an der Hauptschule machen. (Und überhaupt steht jedem begabten Menschen eigentlich ein Hochschulstudium offen...) »Aber wie soll ich denn wissen, ob mein Kind Mathe oder Sprachen besser beherrschen wird?«, fragt mich eine Französin fassungslos, deren Sprössling die Gymnasialeignung hat. »Was raten Sie mir denn?« Das Mädchen hat in Mathe und Deutsch solide Zweier. Bei Einsern in je einem der Fächer ist es natürlich leichter, aber die gibt es nicht immer. Und so gestalten wir Lehrerinnen unsere Sprechstunden, indem wir raten oder auch nicht. Wenn die Eltern nicht sowieso machen, was sie wollen, bleibt es trotzdem ein Hasardspiel für uns.

Die neuen Zeugnisse

Durch die ausführlichen Zeugnisformulierungen ist für Eltern und Kinder ein neuer, oft negativer Tenor entstanden. Wo vor vier Jahren ein »befriedigend« in Mathematik stand, steht heute: »... zeichnete in Geometrie nicht genau genug; beherrschte die Grundrechnungsarten, rechnete aber mit zu vielen Fehlern; konnte Sachaufgaben nur mit Hilfe lösen; berechnete Maßeinheiten oft fehlerhaft ...«. Es ist ein Irrtum des Kultusministers zu glauben, dass SchülerInnen dank solcher Aussagen bessere Leistungen erbringen könnten. Ein Kind mit Schwierigkeiten wird durch die neuen Zeugnisse eher entmutigt und demotiviert. Denn in der 4. Klasse sind sie auch die Rechtfertigung der Schulempfehlung. Die Beschreibung der fehlenden Fähigkeiten dient der Lehrerin dazu, das vorläufige Scheitern des Kindes für weiterführende Schulen zu begründen.

»Zeugnissorgen« nennt die Süddeutsche Zeitung am Ende ihres Artikels über die kommenden großen Ferien 2007 eine Auflistung von Telefonnummern von Schulberatungen und Psychologen. Dieses Jahr heißt der Artikel »Zwischen Notenfrust und Feierlaune – Lehrerverbände kritisieren die Rolle der Schule als Sortieranstalt«.

Offenbar haben viele Beteiligte erkannt, dass das dreigliedrige Schulsystem keine Zukunft haben kann und darf. Das Erleben und Leiden einer 4. Klasse würde derzeit viele Eltern, LehrerInnen und Kinder überzeugen.

von Irene Breuninger

Grundschullehrerin in München



Wochenendseminar in der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. vom 26. bis 28. Oktober 2007

Baustelle »Schule« – für Renovierung geöffnet

Schule ist Stätte der Personwerdung. Doch Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen und Integrationsprobleme an deutschen Schulen sowie die Ergebnisse der PISA-Studien haben Zweifel an der Effektivität und Sinnhaftigkeit deutscher Schulen verstärkt und zu einer breiten Diskussion über Bildung, Lernen und Kindheit geführt. Die Rede ist dabei von einer erneuten »Bildungskatastrophe«...

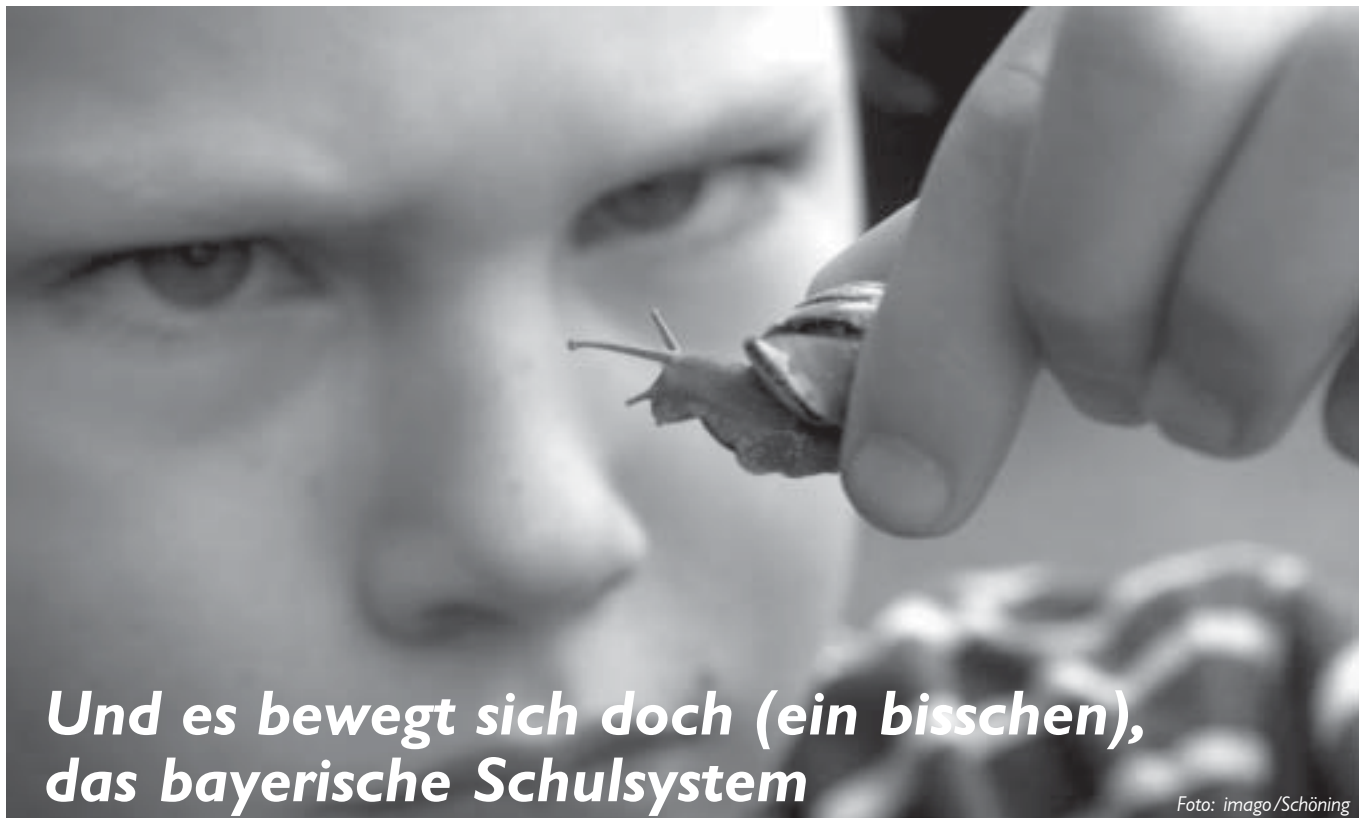
Seminarleitung: **Jonas Lanig**, Lehrer, GEW Nürnberg

Referentin: **Ursula Walther**, ehem. Landesvorsitzende des Bayerischen Elternverbandes

Veranstalter: Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. • Bildungsstätte Schloss Aspenstein • Kochel am See

Kosten: 52 Euro • **Seminaranmeldung/Teilnahmebedingungen im Internet:** www.vollmar-akademie.de

Ansprechperson: Andrea Riesch • Stv. Pädagogische Leitung • Andrea.Riesch@gwa.de



Und es bewegt sich doch (ein bisschen), das bayerische Schulsystem

Foto: imago/Schöning

Vernor Muñoz wartet noch immer auf eine Reaktion der Bundesregierung. Bereits im Mai dieses Jahres empfahl er ihr, das Bildungssystem zu überdenken, vor allem in Hinblick auf das Menschenrecht auf Bildung auf der Grundlage der Chancengleichheit.

Aus bayerischer Sicht muss er seine Forderungen weiter aufrechterhalten. Das Bildungssystem ist weiterhin selektiv, Bildungsinhalte und Methoden sind nach wie vor zu verbessern, die LehrerInnenausbildung braucht dringend Reformen und die frühkindliche Unterstützung ist unzureichend geblieben.

Änderungen gibt es

Und doch gibt es Änderungen in unserem Schulwesen:

- Das Kultusministerium ehrt einzelne LehrerInnen, die sich zu Tandems in Kooperationsklassen und Außenklassen zusammengeschlossen haben.
- Kooperationsklassen sind von den RegierungsschulrätInnen auf Förderschulseite sehr erwünscht. (Wie sehr sie personell und materiell unterstützt werden, ist ein anderes Thema.)
- Die Stunden im Mobilem Sonderpädagogischen Dienst werden Jahr für Jahr um winzig kleine Einheiten vermehrt.

Integration ist erwünscht

Aus Sicht der Förderschulen wird Integration durchaus verfolgt. Über die Gründe dafür lässt sich streiten. Sind die Spezialschulen mit ihren kleinen Klassen und den hohen Fahrtkosten zu teuer oder haben die öffentlichen und wis-

senschaftlichen Diskussionen doch ihren Niederschlag gefunden?

Einerseits kommt die »graue Integration« natürlich billiger. Kinder mit verschiedenartigen Problemen einfach der Fantasie der Regelschullehrkräfte zu überlassen, ist kostengünstiger, als die Förderschulen zu erweitern. Andererseits kann auch die bayerische Bildungsverwaltung die Augen nicht vor den gesellschaftlichen und vor allem wissenschaftlichen Entwicklungen verschließen.

Schulstandorte sollen nicht in Gefahr geraten, es werden ja auch nach wie vor noch genug Kinder an die Förderschule gemeldet. Jedoch wird es für die Regelschulen zunehmend schwieriger, Schülerinnen und Schüler überweisen zu lassen.

Neue Schulordnungen

Ihren Niederschlag soll diese Entwicklung jetzt in der Neufassung der Volksschulordnung (VSO) und der Volksschulordnung-Förderschulen (VSO-F) finden.

Die BayEUG-Änderung von 2003 hat Einzug in die Schulordnungen gehalten. Der Artikel 2 (»Die sonderpädagogische Förderung ist im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aufgabe aller Schulen.«) bekommt jetzt auch verwaltungsrechtliches Gewicht.

Die jeweiligen Entwürfe der Änderungen der Volksschulordnungen wurden an die üblichen Adressen geschickt mit der Möglichkeit zur Stellungnahme. Rückwirkend zum 1. August sollen sie dann in Kraft treten.

Die früheren Sonderschulen heißen in der neuen Schulordnung »Öffentliche Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung«. Sie sind in acht grundsätzliche Förder-

schwerpunkte eingeteilt mit Ausnahmen und weiteren Kombinationsmöglichkeiten: Sehen, Hören, körperliche und motorische Entwicklung, geistige Entwicklung, Sprache, Lernen, soziale und emotionale Entwicklung, sonderpädagogische Förderzentren.

Um den Fortbestand der reinen Sprachheilschulen schaut es schlecht aus, vor allem, seit der Landtag explizit deren Eingliederung in die sonderpädagogischen Förderzentren gefordert hat.

Die Aufgaben, die für die jeweiligen Schulsparten aufgelistet sind, lassen ein pädagogisches Schlaraffenland in den Förderschulen vermuten. Ich würde diese Angebote allen Beschäftigten und allen SchülerInnen in allen Schulen wünschen.

Hier ein kleiner Ausschnitt:

- Erwerb lebenspraktischer Fähigkeiten und von Selbstständigkeit in der persönlichen Lebensgestaltung (Sehen)
- Vermittlung von Schrift und Kommunikationstechniken (Sehen)
- Bewegungsförderung, Hilfen zur Ausweitung der Wahrnehmungs- und Erlebnisfähigkeit, Entwicklung eigener Handlungsmöglichkeiten, Hinführung zu einer realistischen Selbsteinschätzung der individuellen Leistungsmöglichkeiten (körperliche und motorische Entwicklung)
- Aktive Lebensbewältigung in sozialer Integration, Zugang zur Umwelt und Mitwelt über Aktivierung aller Körpersinne, Zugang zu den Kulturtechniken, Erwerb von Fähigkeiten und Techniken zu einer möglichst selbstständigen Lebensgestaltung (geistige Entwicklung)
- Individuelle Sprachförderung mit dem Ziel der Entfaltung, Verbesserung und Erweiterung sprachlicher und sozialer Handlungsfähigkeit verbunden mit Hilfen für die personale und soziale Entwicklung (Sprache)
- Erschließen und Entwickeln individueller Lernwege, um Aufnahme, Verarbeitung sowie handelnde und sprachliche Durchdringung von Bildungsinhalten zu ermöglichen, Bereitstellen von lernanregendem Erfahrungsraum, Vermittlung von Lern- und Leistungserfolgen, Stärkung von Selbstvertrauen, Leistungsbereitschaft, Durchhaltevermögen und Belastbarkeit, Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit der Schülerin oder des Schülers mit dem Ziel größtmöglicher Selbstständigkeit in der Gesellschaft, insbesondere auch im Arbeitsleben (Lernen)

Schade, dass diese Lernziele offensichtlich nur in den entsprechenden Förderschulen verfolgt werden sollen!

Nachteilsausgleich

Für Kinder und Jugendliche mit nachgewiesenem »sonderpädagogischen Förderbedarf« gab es den Nachteilsausgleich bisher auch schon. Er musste aber aus verschiedenen Gesetzen hergeleitet werden. Jetzt steht es klar und deutlich in § 45 der VSO: »Bei Leistungsnachweisen sowie bei Abschlussprüfungen kann die Bearbeitungszeit für Schülerinnen und Schüler mit besonders ausgewiesenem sonderpädagogischen Förderbedarf oder mit Behinderungen um

bis zu 50 v. H. der vorgesehenen Zeit verlängert werden. Soweit im Einzelfall erforderlich können spezielle Hilfen zugelassen oder Alternativaufgaben gestellt werden, die im Anforderungsniveau gleichwertig sind und von der Schülerin oder dem Schüler unter Berücksichtigung des sonderpädagogischen Förderbedarfs oder der Behinderung bearbeitet werden können ...« Die Entscheidung darf die Klassenleiterin treffen. Der Mobile Sonderpädagogische Dienst (MSD) kann zugezogen werden.

Aussetzung der Noten

Bisher mussten die Eltern einen Antrag stellen, dass bei ihrem Kind mit »sonderpädagogischem Förderbedarf« die Noten in einzelnen Fächern oder auch in allen Fächern ausgesetzt wurden. Dieser Antrag galt jeweils für ein Schuljahr.

Jetzt finden sich im § 44 der VSO (Bewertung der Leistungen) zwei Absätze zum Thema:

(2) »Die Lehrerkonferenz kann entscheiden, dass in begründeten Einzelfällen aus pädagogischen Gründen auf eine Bewertung der Leistungen durch Noten zeitweilig verzichtet wird; die Erziehungsberechtigten sind vorher anzuhören.«

(3) »Bei Schülerinnen und Schülern, bei denen zu Beginn der Schulpflicht oder zu Beginn eines Schuljahres ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt wurde und die im Sinne von Art. 41 Abs. 1 BayEUG aktiv am Unterricht der Volksschule teilnehmen können, kann die Lehrerkonferenz mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten entscheiden, dass Leistungsnachweise nicht durch Noten bewertet sondern mit einer allgemeinen Bewertung versehen werden. ... Die Erziehungsberechtigten sind vorher eingehend zu beraten.«

Damit sollte Einzelintegration sehr viel leichter möglich sein.

Sollten die Entwürfe der Volksschulordnungen rückwirkend zum 1. August 2007 in Kraft treten – und damit ist zu rechnen –, dann würden sie die Arbeit im MSD sicher erleichtern, der Regelschule aber zusätzliche Aufgaben aufladen. Die Schulordnungen kündigen keine Ausweitung der Ressourcen an, weder personell noch materiell.

Es werden wohl weniger SchülerInnen an die Förderschulen überwiesen werden. Die Klassen werden noch heterogener werden.

Und so bleibt bei allen Verbesserungen, die jetzt schulrechtlich angestrebt werden, doch Muñoz' Grundforderung uneingelöst:

Das selektive Bildungssystem soll umgewandelt werden zu einem System, bei dem das Individuum unterstützt wird und das dessen spezifische Lernfähigkeit in den Mittelpunkt stellt.

Señor Muñoz muss wohl noch eine Weile auf eine Reaktion der Bundesregierung warten.

von Gabi Gabler

Vorsitzende der Landesfachgruppe
Sonderpädagogische Berufe der GEW Bayern





Die neue Oberstufe im G 8 – durchgepaukt!

Foto: Robert Michel

1. Die geplante Oberstufe im Überblick

Im Schuljahr 2009/10 startet die neue Oberstufe. Betroffen sind die SchülerInnen, die jetzt in der 8. Jahrgangsstufe sind.

Damit endet die Kollegstufe, wie wir sie kennen. Die Grund- und Leistungskurse werden nämlich ersetzt durch vier-, bzw. drei- bzw. zweistündige Pflicht- und Wahlpflichtfächer, die grundsätzlich in einem festen Klassenverband unterrichtet werden. Die Zahl der Pflichtstunden sowie die Belegungs- und Einbringungsverpflichtungen werden dabei gegenüber der jetzigen Kollegstufe »leicht« angehoben.

Vierstündig sind z. B. die **Pflichtfächer** Deutsch und Mathematik. Geschichte und Sozialkunde werden zu einem dreistündigen Pflichtfach zusammengelegt. Religion (bzw. Ethik) und Sport sind zweistündige Pflichtfächer.

Im **Wahlpflichtbereich** gibt es eine vierstündige Fremdsprache, eine dreistündige Naturwissenschaft sowie die zweistündigen Fächer Geographie (oder Wirtschaft/Recht) und Kunst (oder Musik). Außerdem eine dreistündige weitere Naturwissenschaft oder eine vierstündige zweite Fremdsprache.

Dazu kommt der sog. **Profilbereich**, der im Wesentlichen aus zwei **Seminaren** besteht, die jeweils zweistündig drei Semester lang (von 11/1 bis einschließlich 12/1) belegt werden müssen. »Die Seminare sollen das wissenschaftsorientierte Arbeiten, die Studien- und Berufsorientierung sowie die methodischen, personalen und sozialen Kompetenzen gezielt fördern.«

Das **Seminar 1** mit dem Schwerpunkt Wissenschaftspropädeutik kann von den SchülerInnen abhängig vom

Angebot der Schule »frei« gewählt werden und hat ein fachliches Rahmenthema (z. B. Chemie: Energie der Zukunft), zu dem die SchülerInnen eine wissenschaftliche Arbeit (Facharbeit) verfassen, die sie abschließend präsentieren.

Im **Seminar 2** machen die SchülerInnen ein Projekt aus der beruflichen oder wissenschaftlichen Praxis und sollen dabei Kontakte zu externen Partnern knüpfen.

Das Abitur des G 8 wird aus fünf (bisher vier) Einzelprüfungen bestehen, davon drei schriftlich und zwei mündlich. Verpflichtend sind dabei die Fächer Deutsch und Mathematik (jeweils schriftlich). Außerdem werden die SchülerInnen in einer fortgeführten Fremdsprache, einer Gesellschaftswissenschaft (oder in Religion) und einem weiteren frei wählbaren Fach geprüft.

Details der neuen Oberstufe, z. B. bei den Stundentafeln, der Gestaltung des Abiturs und den Lehrplänen (bisher nur zur 11. Jgst. im Entwurf), sind auf der Internetseite des Kultusministeriums nachzulesen.

2. Kritik der neuen Oberstufe

Die neue Oberstufe wird oft begründet mit der anhaltenden Kritik an der Kollegstufe. Von konservativer Seite wird u. a. kritisiert, die Kollegstufe habe zu einer zu starken Spezialisierung geführt, die Sicherung der Kernkompetenzen sei dabei auf der Strecke geblieben. Das Abitur als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung sei dadurch gefährdet.

Aus unserer Sicht rechtfertigen diese Kritikpunkte nicht die Abschaffung der Kollegstufe. Die teilweise Überfrachtung der Lehrpläne wäre auch innerhalb des Systems der Kollegstufe zu korrigieren gewesen. Grundsätzlich wurde

vor allem in den Grundkursen, aber auch in den meisten Leistungskursen eine breite Allgemeinbildung betrieben. Den Begriff »Vertiefte Allgemeinbildung«, der vom KM und vom Philologenverband gerne bemüht wird, halten wir übrigens für eine Leerformel, die für die verschiedensten Ziele missbraucht wird.

Die **Sicherung der Kernkompetenzen** ist in der Tat ein wichtiges Ziel der Oberstufe. Es ist aber eine Illusion zu glauben, dass dies durch die geplante Erhöhung der Zahl der Prüfungen und der Belegungsverpflichtungen zu erreichen ist. Die SchülerInnen werden dadurch quantitativ überfordert, es leidet die Qualität des Lernens.

Die angeblich **mangelnde Studierfähigkeit** der AbiturientInnen und die im gegenwärtigen System tatsächlich **mangelhafte Berufsorientierung** sollen durch die Einrichtung der zwei Seminare kompensiert werden. Die Struktur der Seminare ist zwar grundsätzlich zielführend und damit zu begrüßen. Sie allein reichen aber nicht aus, um die hehren Ziele der Studien- und Berufsorientierung, der Vertiefung der Fach- und Methodenkompetenz und des selbstständigen Arbeitens zu erreichen. Diese beiden zweistündigen Veranstaltungen sind nämlich die einzigen Lichtblicke, quasi progressive Fremdkörper, in einem ansonsten rückwärts gewandten Gesamtsystem. Denn ein Blick auf den Entwurf der Lehrpläne für die Jgst. 11 zeigt die enorme Stofffülle, die in den Pflicht- und Wahlpflichtfächern »vermittelt« werden muss. Und zwar im Klassenverband. Und aller Voraussicht nach in größeren Klassen als den bisherigen Kursen. Schließlich soll das G 8 langfristig deutliche Ausgabenkürzungen ermöglichen.

Es bedarf keiner prophetischen Gabe, um die vorherrschende Unterrichtspraxis vorherzusagen – frontale Instruktion. Als Folge der Verdichtung und Verschärfung der Leistungsanforderungen im G 8 ist in der Unter- und Mittelstufe bereits eine Rückkehr zu frontalen Lehr- und Lernformen festzustellen. Der zuvor zu beobachtende Trend zu

offenen Unterrichtsformen ist jetzt wieder rückläufig. Und diese Entwicklung wird sich nun bis zum Abitur fortsetzen.

Wir halten einen **Oberstufenunterricht im Klassenverband** mit einem relativ fixen **Fächerkanon** für schädlich, verhindert er doch eine altersgemäße Persönlichkeitsentwicklung. Nur wer zu einer echten Interessensentwicklung ermutigt wird (z. B. durch breite Wahlmöglichkeiten), wird zu einem motivierten und selbstbewussten Menschen heranwachsen. Und dies muss das Ziel einer Bildungspolitik sein, die sich nicht einseitig an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern in erster Linie die emanzipatorischen Interessen einer demokratischen Gesellschaft im Auge hat.

Nach unserer Auffassung hätte eine Fortentwicklung der Kollegstufe diesem Ziel wesentlich besser gedient. Folgende Grundsätze sind für uns dabei unverzichtbar:

- ein maßvoller Ausgleich zwischen der Sicherung einer Grundbildung (»Allgemeinbildung«) und einem exemplarischen Lernen, in dem die Methoden- und Persönlichkeitsentwicklung einen breiten Raum einnimmt
- vielfältige Möglichkeiten zur individuellen Schwerpunktsetzung
- eine ausgeprägte Kultur der Studien- und Berufsorientierung; wissenschaftspropädeutisches und projektorientiertes Arbeiten sowie interaktive Lern- und Prüfungsformen dürfen dabei nicht auf zwei Seminare beschränkt bleiben, sondern müssen in allen »Fächern« ermöglicht werden.
- kleine Lerngruppen, die selbstständiges Arbeiten und individuelle Betreuung der OberstufenschülerInnen erlauben.



von Eugen Eder-Clouston

im Namen der Landesfachgruppe Gymnasien

»Lernende Gesellschaft« – der Bildungskongress der Frankfurter Buchmesse

Die globale Wissensgemeinschaft braucht lernende Gesellschaften. Ansprüche und Forderungen an den Einzelnen wie die Gesellschaft sind hoch. Was bedeutet das für Lernen, Bildung und Wissen heute?

Gemeinsam mit Lehrer-Online, dem Projekt von Schulen ans Netz e.V. rund um den Unterricht mit digitalen Medien, veranstaltet die Frankfurter Buchmesse den 2. Bildungskongress im Rahmen des Themenschwerpunkts ZUKUNFT BILDUNG und lädt ein zur Debatte über Lebenslanges Lernen – mediengestützt und fachübergreifend.

Themen: Frühkindliche Bildung • Schulische Bildung • Lebenslanges Lernen

Termin: 13. Oktober 2007, 10.00 Uhr - 19.30 Uhr

Ort: Congress Center der Messe Frankfurt, Ludwig-Erhard-Anlage 1, 60327 Frankfurt am Main

Der Kongressbeitrag beträgt 30 Euro inkl. MwSt. **GEW-Mitglieder und Studierende zahlen 25 Euro inkl. MwSt.** In der Teilnahmegebühr enthalten sind die Teilnahme an allen Veranstaltungen des Kongresses, Tagungsunterlagen, ein Mittagsimbiss und Getränke.

Weitere Informationen sowie die Anmeldeunterlagen zum Bildungskongress 2007 finden Sie unter www.buchmesse.de/bildung/

Der eintägige Kongress »Lernende Gesellschaft« führt den erfolgreichen Lehrerkongress des vergangenen Jahres mit einer nun verbreiterten Themenpalette fort: Das inhaltliche Spektrum wurde um die Bereiche Frühkindliche Bildung und Lebenslanges Lernen erweitert. Damit richtet sich die Veranstaltung an pädagogisch Tätige im schulischen Bereich, an LehrerInnen in Ausbildung und Praxis, an Auszubildende im außerschulischen Bildungsbereich oder an Universitäten sowie an Studierende und Publikum. Die Veranstaltung möchte dazu einladen, über ganzheitliche und medial gestützte Lernmethoden zu diskutieren.

Lebenslanges und fachübergreifendes Lernen stehen dabei ebenso im Fokus wie die mediale Unterstützung dieser Lernprozesse.

Geplant sind Podiumsdiskussionen, Vorträge und Workshops zu verschiedenen Facetten der Themenpalette.

Ein Großteil dieser Veranstaltungen ist in vielen Bundesländern als Fortbildung anerkannt.

LehrerInnen gelten auch weiterhin als FachbesucherInnen und können sich online akkreditieren lassen:
www.buchmesse.de/fachbesucher-registrierung

FOS/BOS – (Fach)Abitur zweiter Klasse

Keine Schulart hat in den letzten fünf Jahren einen derartigen Zulauf gehabt wie die Fach- und Berufsoberschulen in Bayern. 2005 stieg die Zahl der SchülerInnen an FOSen um gut 5 %, die Jahre zuvor bis zu 10 %, bei ähnlichen Zahlen an den BOSen. Dieses Schuljahr ist nochmals eine deutliche Zunahme zu erwarten.

Der Grund ist sehr einfach und hat wenig mit politisch gewollter Steigerung der Abiturientenquote zu tun: Viele Jugendliche fanden in den letzten Jahren keinen passenden Ausbildungsplatz. Im Besuch einer weiterführenden Schule sehen sie eine sinnvolle Alternative für sich, zumal die Eingangsvoraussetzungen nicht allzu hoch angesetzt sind (3,5 in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch im Zeugnis der Mittleren Reife). Regional unterschiedlich scheitern 10 bis 20 % während der stressigen und sehr knappen halbjährigen Probezeit. Bzw. sie erhalten erst im Herbst die Zusage für einen Ausbildungsvertrag und verlassen dann die Schule wieder. Die meisten SchülerInnen nutzen aber die Chance und entwickeln zum Teil erstaunliches Potenzial auf dem Weg zum Fach- bzw. allgemeinen Abitur. Über 40 % der Studienberechtigungen (also für FH und Universität) werden in Bayern inzwischen über den Weg FOS/BOS erworben.

Dieser Schultyp bietet eine großartige Chance für junge Leute, um ihnen den Weg zu einem Hochschulstudium zu eröffnen. Abgesehen von den noch genauer zu benennenden Arbeitsbelastungen ist es eine sehr befriedigende Tätigkeit, sie auf diesem Weg zu begleiten.

Eine Schule für Alle!

Die Leistungen dieser jungen Menschen bestätigen

die Kritik am mehrgliedrigen Schulsystem: An der FOS lernen der gescheiterte Gymnasiast und die sehr gute Hauptschülerin, nicht selten aus türkisch sprechendem Elternhaus, schlussendlich gemeinsam. Beide kommen aber über Umwege an diese Schulart, ihr schulisches Leistungsvermögen wurde ursprünglich völlig konträr eingeschätzt, man könnte auch sagen: *falsch* eingeschätzt. Warum also die Kinder mit zehn, elf Jahren mühsam in verschiedene Schularten einsortieren, wenn sie am Schluss doch auf der gleichen Stufe landen? Weil sich in Bayern in der Bildungspolitik immer noch die durchsetzen, die an einer elitären Orientierung festhalten und deshalb das dreigliedrige Schulwesen für unantastbar ansehen, während sogar in Baden-Württemberg immerhin schon über die Abschaffung der Hauptschule nachgedacht wird.

Diese elitären Vorstellungen spiegeln sich auch in den Aufwendungen für den Ausbau von Gymnasien und den anderen weiterführenden Schulen wider. Die Führungskräfte im Land sollen weiterhin über den Weg des Gymnasiums kommen und später an den Universitäten ihren Feinschliff erhalten. Die mittlere Führungsebene wird hauptsächlich aus dem Pool der AbsolventInnen von FOS/BOS abgeschöpft, für die der Besuch der Fachhochschulen vorgesehen ist.

Billig-Abitur?

Im Vergleich zum Gymnasium (vor der Oberstufenreform) muss FOS/BOS eindeutig als die Billig-Variante gelten. Leider gibt es vom Ministerium keine Zahlen zur LehrerInnen-SchülerInnen-Relation auf Oberstufen-Niveau. Aber angesichts von Leistungskursen mit nicht einmal zehn SchülerInnen, einem breiteren Fächerangebot, Anrechnungstunden für Lehrkräfte usw. ist klar, welche Schulart teurer ist. Die Klassenstärke ist an FOS/BOS mit durchschnittlich 25 hoch. Das bedeutet eine Erschwernis für die SchülerInnen, die vom M-Zweig kommen, und für diejenigen in den BOS-Klassen. Gerade dort ist die Heterogenität sehr groß, einige sind fast zehn Jahre weg von der Schulbank gewesen, der individuelle Betreuungsbedarf ist entsprechend hoch. Der laut Studentafel mögliche Ergänzungsunterricht findet aber keineswegs überall statt. In diesem Zusammenhang hat die jährliche Budgetkürzung von 5 - 10 % zum Teil dramatische Auswirkungen auf FOS/BOS. Die Verfügungsmasse an Stunden ist von vornherein begrenzter (z. B. kein Wahlunterricht), auf der anderen Seite stehen Zwänge bei der Klassenbildung (wegen der verschiedenen Fachrichtungen). Vielerorts wird die Studentafel nicht erfüllt, künftig vermehrt deswegen, weil einfach die LehrerInnen fehlen. Neben Fächern wie Sport und Religion werden aber auch Geschichte, Sozialkunde, VWL, Technologie usw. gekürzt (von zwei auf eine

Schülerinnen demonstrieren im Januar 2003 in München gegen geplante Sparmaßnahmen der Stadt an FOS/BOS.



Unterrichtsstunde). Das bedeutet dann für die Lehrkraft Unterricht in zwei Klassen statt in einer und damit mehr Notendruck, Korrekturen etc. In der Statistik zum Unterrichtsausfall tauchen diese Kürzungen nicht auf, sie sind ja »geplant! Der »Elite« am Gymnasium wird also mehr politische und historische Grundbildung zuteil, die Wasserträger an FOS/BOS müssen nicht ganz so intensiv in ihrer Mündigkeit gestärkt werden.

Dabei wäre auch noch z. B. über die mangelnde räumliche Ausstattung zu sprechen, die sich vielerorts mit der Zunahme der SchülerInnen noch mehr verschlechtert hat. Viele FOS/BOSen sind auf zwei oder drei Standorte verteilt, nicht immer in deutlicher Nähe zum Stammgebäude.

»Berufliche Oberschule«?

Seit dem Dienstantritt von Minister Schneider und seinen nicht sehr konkreten Andeutungen in Interviews geistert das Projekt einer Zusammenführung von FOS und BOS durch Bayern. Außer einem neuen Namen und veränderten Bedingungen für den Bezug von BAföG ist aber bisher nicht klar, welche Konzeption hier dahintersteckt. Geht es um Einsparungen, wenn FOS- und BOS-Klassen (z. B. einer Fachrichtung an kleineren Schulen) zusammen gelegt werden können? Geht es um den eigentlich zu begrüßenden Ausbau des Modellversuchs 13. Klasse FOS? Werden die gravierenden Unterschiede in der Zusammensetzung der SchülerInnen von FOS und BOS noch berücksichtigt: Unterschiede im Alter, im Entwicklungsstand, in den Erfahrungen, der Motivation, der aktuellen Wohn- und Lebenssituation? Ein umfassendes Konzept liegt im Moment noch nicht vor.

»Es gibt keine Lehrer«

FOS/BOS haben mehr als andere Schularten mit dem dramatischen Lehrkräftemangel zu kämpfen, sie müssen ihr Personal aus dem Pool der Gymnasien und der Beruflichen Schulen rekrutieren. Die Wartelisten sind bei den Hauptfächern in den letzten Jahren wenig überraschend geleert worden. Als Tropfen auf den heißen Stein sollen jetzt 18 oder 19 sehr gute RealschullehrerInnen für den Unterricht an FOS/BOS qualifiziert werden. Die Maßnahme hat mehrere Nachteile: Die neuen KollegInnen unterrichten anfangs nur 18 Stunden, ersetzen aber volle Planstellen. Zudem sind sie für den enormen Korrekturstress nicht vorbereitet. Zwei bis drei Erstkorrekturen und die gleiche Zahl an Zweitkorrekturen beim Fachabitur sind an FOS/BOS Alltag geworden. Die bessere Bezahlung wiegt diese Arbeitsbelastung nicht auf. Einige Gymnasiallehrkräfte lassen sich derzeit wieder wegwersetzen. Die Zahl der Planstellen an FOS/BOS ist weit hinter der Zunahme der SchülerInnenzahl zurückgeblieben. Es werden hauptsächlich Löcher gestopft, mit Abordnungen und Jahresverträgen. Damit motiviert und hält man die KollegInnen auch nicht unbedingt an dieser Schulart. Die fehlende Personalplanung im Ministerium dürfen die LehrerInnen vor Ort ausbaden.

Rechenbeispiel oder Horrorszenario?

Beispielhaft sei noch folgende Situation geschildert: An einer durchaus typischen FOS/BOS sind knapp 400 SchülerInnen in 12 und 13 zu beschulen, aufgeteilt in 15 bis 16 Klassen. (Fach)Abitur schreiben sie in vier Fächern, davon immer in Deutsch, Englisch und Mathematik. Das wird in dem Beispiel bewältigt von jeweils acht Deutsch- und Englisch-FachkollegInnen (Vollzeit) und 11 Mathe/Physik-Lehrkräften (nicht alle Vollzeit). Hinzu kommen noch einige ReferendarInnen – die aber auch erst einmal betreut werden müssen. Und hinzu kommen noch gut 300 SchülerInnen in den 11. Klassen, die vom gleichen Personal alternierend (zur Hälfte Schul- und Praktikumsphasen) unterrichtet werden, d. h. einige Wochen sind die Klassen aus der A-Phase, dann die aus der B-Phase da. Bei vier Stunden Unterricht in einem Fach hat man entsprechend zwei Klassen im Stundenbudget – aber die doppelte Arbeit. Absoluter Irrsinn und kein Einzelfall. Da darf dann niemand krank oder schwanger werden.

An einem Gymnasium würden bei solcher Personalversorgung a) der Philologenverband Sturm laufen und b) die Eltern auf die Barrikaden gehen. Wir aber an FOS/BOS machen weiter unseren Job, korrigieren uns zu Tode und müssen dafür noch Stundenabzug für die Zeit nach dem Fachabitur hinnehmen. Angesichts der enormen Korrekturbelastung ergab sich bei den meisten KollegInnen aber trotzdem ein Plus, also eine Stunde Entlastung im kommenden Schuljahr. Aber auch diese Verrechnung wurde jetzt gestrichen.

Es ist an der Zeit, dem Raubbau, den das Ministerium an der Arbeitskraft der KollegInnen an FOS/BOS begeht, etwas entgegenzusetzen und sinnvolle Maßnahmen zu ergreifen, die die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verbessern und eine notwendige wirkungsvolle Förderung der FOS/BOS-SchülerInnen ermöglichen, wie z. B.:

- Aufhebung der Budgetkürzungen; die gültige Stundentafel muss überall unterrichtet werden können
- Erhöhung der Zahl der Planstellen und bevorzugte Versorgung der FOS/BOS mit Aushilfskräften für Krankheitsfälle wegen der hohen Verantwortung für den Erfolg bei den Abiturprüfungen
- Anerkennung der hohen Korrekturbelastungen durch die vielen Abschlussprüfungen beim Stundendeputat (ohne dass das auf »weniger belastete« KollegInnen umgelegt wird!)
- kleinere Klassen! Die Richtzahl von 25 dürfte für diesen reinen Oberstufenunterricht niemals überschritten werden.
- zügiger Ausbau des Modellversuchs Fördermaßnahmen für die 11. Klasse FOS in der Probezeit in D/E/M
- höhere Aufwendungen der Bezirke und Gemeinden für die räumliche Ausstattung der FOS/BOS

von Anna Forstner

Personalrätin
und aktiv in der Landesfachgruppe Berufliche Schulen
Kontakt und Infos über: annamforstner@web.de



Das Tabu ist gebrochen

Schulstrukturen sind ein Thema geworden

Vergeblich haben die KMK und die Kultusverwaltungen der Länder nach PISA I die Schulstrukturdebatte zum Tabu erklärt. Es gehe ausschließlich um die Verbesserung von Unterricht, auf den »Output« sei zu achten, weniger auf den »Input«. Den einzelnen Schulen und LehrerInnen sollte die Verantwortung für die schlechten Ergebnisse zugeschoben werden. Schulen sollen sich entwickeln, beraten und evaluieren lassen, LehrerInnen sollen sich fortbilden und mehr auf die Kinder eingehen, die Schulaufsicht soll alle überwachen. Und am besten soll das alles wenig oder gar nichts kosten. Die Dreigliedrigkeit, die es in Wirklichkeit in keinem einzigen Bundesland gibt, habe sich bewährt. Das Heil wurde in der Entwicklung von bundesweit zu überprüfenden Standards gesehen.

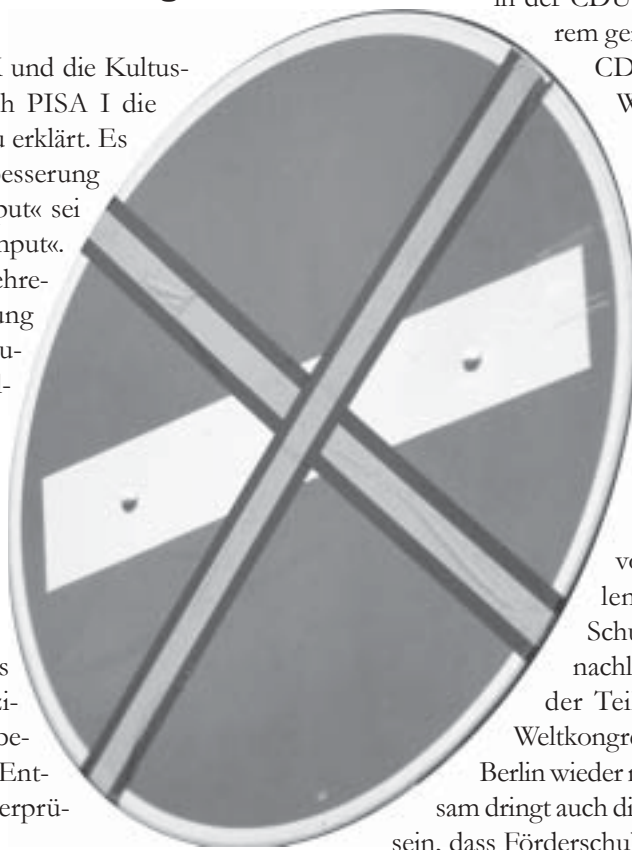


Foto: imago/Steinach

Tendenz zur Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen

Wenige Jahre später halten nur noch einige CDU-regierte Länder und Bayern am überkommenen Schulsystem fest. In den anderen Bundesländern gibt es Bewegung. Da die Hauptschule vielerorts nicht mehr zu halten ist, weil niemand sie besuchen will, gibt es Entwicklungen hin zu einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen in unterschiedlichen Organisationsformen. Das Gymnasium bleibt meist unangetastet. Lediglich in Berlin und Schleswig-Holstein sind derzeit nennenswert neue Gemeinschaftsschulen für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit im Aufbau. Immerhin: ein Anfang ist gemacht!

Forderung nach (längerem) gemeinsamem Lernen wird lauter

Zunehmend melden sich bisher der »ideologischen Verblendung« unverdächtige Verbände, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen zu Wort und fordern eine längere gemeinsame Schulzeit. Die Presse greift das Thema verstärkt auf und auch in den meisten Parteien gibt es Beschlüsse in dieser Richtung. Am konsequentesten bei den Grünen und der Linken, die eine gemeinsame Schulzeit bis Klasse neun bzw. zehn fordern. Die Beschlusslage der SPD ist nicht einheitlich, unterschiedliche Gliederungen akzentuieren die Frage

des längeren gemeinsamen Lernens unterschiedlich. Die bayerische FDP fordert eine sechsjährige Primarstufe, die bayerische ÖDP eine siebenjährige. Selbst in der CDU gibt es Forderungen nach längerem gemeinsamem Lernen, z. B. von den

CDU-Sozialausschüssen in Baden-Württemberg. Rita Süßmuth, Professorin für vergleichende Erziehungswissenschaften und berühmtes CDU-Mitglied, will Schulen wie in Finnland und Südtirol: Gemeinschaftsschulen bis Klasse acht. Lothar Späth fordert »massive strukturelle Veränderungen« im Schulsystem. Die CDU-Fraktion im Berliner Senat fordert die Abschaffung der Hauptschule.

Die Frage nach der Integration von Kindern, die sog. »Förderschulen« besuchen, in die gemeinsame Schule für alle Kinder, wird oft vernachlässigt. Im Juli wurde ihr anlässlich der Teilnahme von Vernor Muñoz am Weltkongress der Bildungsinternationalen in Berlin wieder mehr Aufmerksamkeit zuteil. Langsam dringt auch die Tatsache ins allgemeine Bewusstsein, dass Förderschulen Kinder, die als »behindert« etikettiert werden, nicht besser fördern als Regelschulen. Eltern »normaler« Kinder beginnen zunehmend die Chancen einer gemeinsamen Bildung und Erziehung zu erkennen. Die Ratifizierung der UN-Kinderrechts-Konvention durch die BRD wird vehement eingefordert. Konsequenz umgesetzt hätte sie die Auflösung der Sonderschulen zur Folge.

Vorreiter Baden-Württemberg

Eine Lawine brachte der »offene Brief« ins Rollen, unterschrieben von knapp hundert SchulleiterInnen aus zwei Baden-Württembergischen Schulämtern. Gefordert und ausführlich begründet wird im Brief an Kultusminister Rau und Ministerpräsident Oettinger, »einen längst fälligen Paradigmenwechsel einzuleiten – weg vom selektiven dreigliedrigen Schulsystem, hin zu einem integrativen Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche, wie in anderen Staaten üblich, länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen und dabei individuell gefördert werden.«

Inzwischen haben sich u. a. SchulleiterInnen anderer Schulamtsbezirke angeschlossen und mehrere hundert Unterschriften liegen vor. Eine Welle von Sympathie und Solidarität kam den vier Initiatoren entgegen. Besonders erwähnenswert: Rektoren von Gymnasien und Leiterinnen von Realschulen erklären sich solidarisch. Zum Beispiel beglückwünscht ein Leiter eines großen Gymnasiums und CDU-Stadtrat die Initiatoren und erklärt sich »vollinhaltlich solidarisch« und ist zu jeder »Unterschrift und Unterstützung

und Befürwortung bereit«.¹ Der grüne OB von Tübingen fordert die Auflösung einer Hauptschule in seiner Stadt, für deren fünfte Klasse sich vier Kinder angemeldet haben.

Bewegung auch in Österreich

Lediglich Österreich (neben zwei Schweizer Kantonen) sortiert zehnjährige Kinder in verschiedene Schulart-Schularten, allerdings nur in zwei: Hauptschule und Gymnasium. Das schlechte Abschneiden bei PISA II hat auch dort die Schulstruktur-Debatte aktiviert. Die Große Koalition (SPÖ/ÖVP) ist sich nicht einig. Die SPÖ favorisiert die Gemeinschaftsschule, die ÖVP bremst. Modellschulen werden in allen Parteien diskutiert. Die Bildungsministerin hat eine ExpertInnengruppe zur Weiterentwicklung des Schulwesens gegründet, der u. a. Rainer Domisch (Finnland) und Enja Riegel (ehemalige Leiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden) angehören.

Ende Juni 2007 hat sich der Vorstand der Österreichischen Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen für eine »Reform der Sekundarstufe I in Form der Schaffung einer *gemeinsamen Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen*, also die Einführung eines Gesamtschulsystems« ohne die Alternativen Hauptschule und Gymnasium ausgesprochen.²

Entwicklung in Bayern

Vorsichtige Äußerungen von staatstragenden Politikern in Richtung »Zusammenlegung von Haupt- und Realschule« wurden bisher postwendend dementiert bzw. modifiziert.

¹ www.laenger-gemeinsam-lernen-bw.de

² www.oefeb.at/dokumente

Allenfalls wird von denkbaren »Schulverbänden« gesprochen. Dabei geht es um die organisatorische Zusammenlegung mehrerer Hauptschulen, um diese vor der Schließung zu retten. Spannend wird es dann werden, wenn Hauptschulen wegen der Laufbahnentscheidungen von Eltern und Kindern und der demographischen Entwicklung dennoch nicht zu retten sind. Dann könnten KommunalpolitikerInnen zu der Erkenntnis kommen, dass die Schule nur als Schule für alle über die Grundschulzeit hinaus im Ort zu halten ist. Manche Argumente werden dann neu gewichtet werden.

Die GEW Bayern fordert nach wie vor eine gemeinsame Schule für alle Kinder und Jugendlichen bis zum Ende der Schulpflicht. Erfahrungen in den Bundesländern ohne Hauptschule und nicht zuletzt die Diskussion in Österreich zeigen, dass die Probleme der frühen Selektion und der Aussonderung von Kindern in »Förderschulen« durch eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschule nicht einmal im Ansatz gelöst werden können.

Fachkongress in München

Die bayerische Initiative EINE SCHULE FÜR ALLE von GEW, BEV, LSV, Freinet-Kooperative und Einzelpersonen lädt ein zu ihrem zweiten Fachkongress am 29. September im Lise-Meitner-Gymnasium in Unterhaching bei München.



von Gele Neubäcker

Stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern

2. Kongress der Initiative »Eine Schule für alle« Samstag, 29. September 2007, 10.30 bis 16.30 Uhr Unterhaching bei München, Lise-Meitner-Gymnasium, Jahnstr. 3



Programm:

ab 10.00 Uhr Begrüßungskaffee • 10.30 Uhr Eröffnung
10.45 Uhr Referat »**Individuelle Förderung ist nur in einem inklusiven Schulsystem möglich**«
von Prof. Georg Auenheimer - anschließend Diskussion
12.30 - 13.00 Uhr Mittagspause
13.00 Uhr Bericht »**Ein offener Brief an das Kultusministerium und seine Folgen**« - HauptschulleiterInnen aus Baden-Württemberg fordern ein anderes Schulsystem mit Bernd Dieng (Ravensburg) und N.N.
14.00 - 15.30 Uhr Arbeitsgruppen • 15.30 - 15.45 Uhr Kaffeepause • 15.45 - 16.15 Uhr Abschluss

Arbeitsgruppen:

- Machen wir's nach! Wie können wir die baden-württembergische Initiative auf Bayern übertragen?
- »Eine Schule für alle« – Das Konzept der LandeschülerInnenvertretung (LSV)
- »Eine Schule für alle« braucht eine neue LehrerInnen-Bildung
- »Eine Schule für alle« verändert die Beziehungen zwischen Eltern und Schule
- Wollen wir Noten? Leistungsrückmeldungen in »einer Schule für alle«

Anmeldung:

Bis spätestens 19. September anmelden bei: Susanne Glas • GEW-Landesverband Bayern • Schwanthalerstr. 64 • 80336 München
Tel.: 0 89-54 40 81-0 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • E-Mail: sg@bayern.gew.de

Bei der Anmeldung per Post oder E-Mail bitte die gewünschte Arbeitsgruppe angeben. Außerdem bitte mitteilen, ob die Teilnahme am Mittagessen gewünscht wird. Dieses kostet 7 Euro inkl. Getränk und es kann zwischen vegetarischem und fleischhaltigem Essen gewählt werden. Ein Anmeldeformular lässt sich von der Homepage www.gew-bayern.de downloaden. Die Teilnahmegebühr für den Kongress beträgt 5 Euro. Darin enthalten sind der Reader »Von Anfang an gemeinsam« und der Begrüßungskaffee.

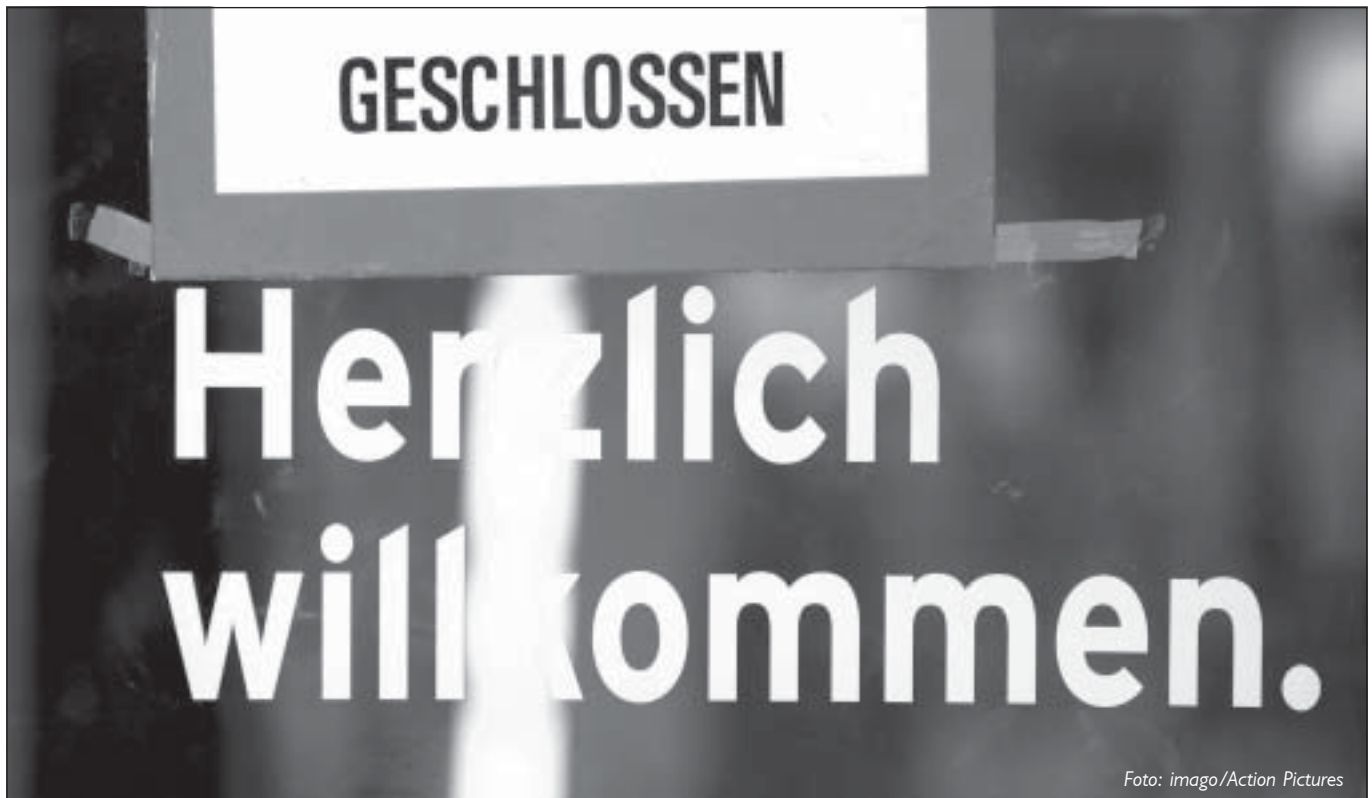


Foto: imago/Action Pictures

Erst ins Ausland! Ja und dann?

DaF-Lehrkräfte mit Magisterabschluss nach wie vor benachteiligt

In der Juni-DDS berichtet Harald Binder über eine Info-Veranstaltung zum Titelthema. Er informiert uns in seinem Beitrag über eine erfreuliche Neuregelung der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, nach der sich nun auch »Magister mit Deutsch als Fremdsprache (DaF) und Linguistik mit dem Schwerpunkt »Deutsch als Fremdsprache« sowie mindestens überdurchschnittlicher Examensnote« als Bundesprogrammlehrkräfte (BPLK) im Auslandsschuldienst bewerben können.

Das ist immerhin ein Fortschritt für das Fach Deutsch als Fremdsprache, weil damit nicht mehr zwingend das zweite Staatsexamen oder eine Promotion nötig sind, um sich als DeutschlehrerIn im Auslandsschuldienst zu bewerben.

Drei Wermutstropfen bleiben:

- Erstens ist eine überdurchschnittliche Examensnote als Voraussetzung nicht geeignet, die seit mehr als 20 Jahren bestehende Diskriminierung der DaF-LehrerInnen mit Magisterabschluss nachhaltig zu beenden.
- Zweitens ist eine Wahl des genauen Zielortes weiterhin nicht möglich. Nur durch eine Bewerbung als Ortskraft ginge dies, was aber finanziell zumeist unattraktiv ist. Dieser Punkt gilt zwar für alle BewerberInnen, trifft jedoch meiner Meinung nach die DaF-AbsolventInnen stärker, da sie sich im Laufe ihres Studiums spezialisieren und in aller Regel die entsprechenden Fremdsprachen- und manchmal auch schon Landeskenntnisse besitzen.

- Drittens haben DaF-BewerberInnen nach der Rückkehr aus dem Auslandsschuldienst nicht die reguläre Möglichkeit einer Festanstellung oder Verbeamtung im öffentlichen Schuldienst, weil dafür eben wieder das zweite Staatsexamen als Voraussetzung fehlt. Nach sechs Jahren Auslandsschuldienst und dann im ungünstigsten Fall an drei verschiedenen Einsatzorten soll das erst möglich sein. Die zurückgekehrten AuslandslehrerInnen mit Lehramt haben es da leichter.

Schwerpunkt interkulturelle pädagogische Arbeit

Das Hochschulfach Deutsch als Fremdsprache ist vor mehr als 25 Jahren angetreten, seine StudentInnen auch interkulturell auszubilden, um sie zu befähigen, für den internationalen Kultur- und auch pädagogischen Ideenaustausch tätig zu werden.

Nach eigener Darstellung nimmt zum Beispiel das Münchner Institut für Deutsch als Fremdsprache, das mittlerweile ca. 250 Magisterabschlüsse aufzuweisen hat, »zentrale Funktionen für die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Forschung und Lehre an deutschen und internationalen Universitäten« wahr, vermittelt AbsolventInnen des Instituts als HochschuldozentInnen in das In- und Ausland, als DAAD-LektorInnen, als ExpertInnen für interkulturelle Kommunikation in der Wirtschaft. Außerdem nimmt es eine »Schlüsselstellung in der nationalen

und internationalen Kulturarbeit« ein. Das sind hohe Ansprüche. Leider reichen diese offenbar nicht aus, selbst für ehemalige LektorInnen an ausländischen Hochschulen, um in Deutschland als Lehrkräfte im öffentlichen Schulwesen tätig zu werden (einzig mir bekannte Ausnahme: Bremen).

Das deutsche öffentliche Schulsystem hat sich lange dem internationalen Austausch verweigert. Es hat sich gebrüht, das Beste aller Schulsysteme zu sein. Wenn zuallererst Standespolitik und politische Überlegungen im Vordergrund stehen, braucht man sich nicht zu wundern, dass selbst die endlich in die Wege geleiteten Schulreformen dementsprechend aussehen. Die Ideen wären ja da, AuslandslehrerInnen tragen sie auch nach Hause, aber wenn die Kultusministerien diesen Schatz partout nicht heben wollen, versandet jedes einzelne Bemühen irgendwann. Einzelne Bundesländer wagen sich weit vor, aber generell kann man eine Aufbruchsstimmung nicht verspüren.

Die Kultusministerien taten in den letzten Jahren praktisch nichts für den gleichberechtigten pädagogischen Austausch von DaF-LehrerInnen. Es gibt zwar große Bemühungen, vor allem von der Europäischen Kommission – z. B. über die Sokrates- oder Comenius-Programme, die DaF-LehrerInnen und eigentlich auch allen SprachlehrerInnen mit Hochschulabschluss fast wie auf den Leib geschneidert wären. Aber auch diese Programme schlossen und schließen immer noch die LehrerInnen ohne Lehramt aus, weil sie über den Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz laufen, der nur LehramtsabsolventInnen vermittelt.

Selbstverschuldeter Mangel

Als Folge dieser Schulpolitik ist Deutschland international in der Schulbildung beschämend zurückgefallen. Dies liegt nicht nur an der einseitigen Förderung des dreigliedrigen Schulsystems vor dem Hintergrund extrem starrsinnigen pädagogischen Standesdenkens. Und es liegt natürlich auch nicht nur an der kulturellen Engstirnigkeit deutscher Kultusbürokratien, die immer noch auf dieses diskriminierende Schulsystem setzen. Es liegt auch am rückschrittlichen Zugang zum Lehrberuf nur über die Lehramtsausbildung, der viele PädagogInnen ausschließt.

Dass Bayern ungestraft behaupten kann, es gäbe einen LehrerInnenmangel, wirkt wie eine Ohrfeige für die vielen gut ausgebildeten LehrerInnen, die mittlerweile nicht mehr LehrerInnen sind, weil man sie nicht beschäftigt hat.

Warum nicht DaF-Lehrkräfte als Deutsch-FörderlehrerInnen?

In Deutschland gibt es mittlerweile bestimmt 2500 - 3000 bestens ausgebildete DaF-LehrerInnen, die geeignet wären, die durch die PISA-Studie in ihrem ganzen dramatischen Ausmaß publik gewordene mangelhafte Förderung von MigrantInnen in den Schulen voranzutreiben. Aber sie werden formal immer noch ausgebremst.

Dabei gibt es Beispiele, dass es auch anders geht: Wenn Mathematik-Lehrkräfte fehlen, werden durch die deutschen Kultusministerien Schnellzugänge ins öffentliche Bildungssystem etabliert und man akzeptiert Diplom-MathematikerInnen, Diplom-InformatikerInnen oder ähnliche Berufsbilder im Schuldienst – sogar FörsterInnen haben es in Bayern schon geschafft, z. B. Biologie zu unterrichten.

Warum geht man bei der Deutsch-Förderung von MigrantInnen, einer nach den PISA-Tests mittlerweile allseits akzeptierten Notwendigkeit, aber wieder an den DaF-LehrerInnen vorbei und verhält sich so, als gäbe es diese PädagogInnen nicht? Warum sollen diese Förderung jetzt andere LehrerInnen mit Lehramt gewährleisten, die gar nicht dafür ausgebildet wurden?

Eltern von Schulkindern, die diese Förderung dringend brauchen, schütteln darüber den Kopf und können es nicht fassen, wenn man ihnen das erzählt. Leider ist das Thema zu komplex, als dass die Wähleröffentlichkeit damit schnell zu gewinnen wäre.

Es fehlt an einer Interessenvertretung

Sicher liegt das Problem auch an der mangelnden Organisation der FremdsprachenlehrerInnen. Ein lautstarker Verband als Interessenvertretung – oder auch eine lautstärkere Interessenvertretung innerhalb einer starken Gewerkschaft? – fehlt bisher. Damit möchte ich nicht die rührigen Bemühungen diverser gewerkschaftlicher Gruppen wie der Münchner Aktion Butterbrot kritisieren. Aber Lehrkräfte, die permanent am Existenzminimum entlangschrammen, weil sie gezwungen werden, mit öffentlich niedrig gehaltenen Honoraren zu überleben, sind nur schwerlich in der Lage, sich effektiv zu organisieren.

Wenn jetzt der Auslandsschuldienst erkannt hat, dass auch DaF-LehrerInnen fähige Lehrkräfte sind, die man im Ausland einsetzen kann, muss er auch dafür eintreten, dass sie gleichwertig behandelt werden und nicht im Zweifelsfall eine Lehrkraft mit Deutsch als Muttersprache und mit Staatsprüfung vorgezogen wird.

Es ist dringend nötig – neben dem Goethe-Institut und dem Hochschulbereich – sowohl Auslands- als auch Inlands-Schuldienst als existenzsichernde Arbeitsmärkte für Lehrkräfte für Deutsch als Fremdsprache zu öffnen.

Wenn in einem ersten Schritt Stellen für Deutsch-FörderlehrerInnen für MigrantInnen geschaffen würden, läge dies auf alle Fälle im Interesse der Schulen.

Und es läge im Interesse der einschlägigen SprachlehrerInnen. Für letztere wäre es auch ein Schritt der Wiedergutmachung, meine ich.

von Thomas Kleber

*DaF-Lehrer
und jetzt in der Weiterbildung
zum Lerntherapeuten
Kontakt: Thomas.Kleber@web.de*





Es reicht!

Von krankmachenden Gewaltstrukturen zu gesund erhaltenden Notwendigkeiten im deutschen Schulsystem (Teil 1)

Foto: Robert Michel

Die Situationen im beruflichen Alltag kommen meist unverhofft und überraschend. Schüler, die sich respektlos mit Drohgebärden vor der Lehrerin aufbauen, sich unverschämt äußern oder Väter, deren Frauenverachtung auch vor der Lehrerin nicht halt macht ...

»Da stehst du doch drüber«, sind häufig die Kommentare von allen Seiten.

Dass dies nicht so ist, erfasste Uwe Schaarschmidt 2006 in einer wissenschaftlichen Untersuchung zur Lehrer- und Lehrerinnengesundheit in Deutschland¹: »Rund zwei Dritteln der Lehrerinnen und Lehrer mangelt es an Widerstandsressourcen, Ausgeglichenheit und Spaß an der Arbeit.«

Belastungen auf verschiedenen Ebenen

1. Der steigende Reformdruck seit den schlechten Ergebnissen der PISA-Studien.

Reformen, Profile und Programme wurden im Zeitraffer mit übereiltem Aktivismus erstellt. Für das Personal bedeutet dies: Arbeitszeiterhöhung, Arbeitsverdichtung und zunehmende Aufgaben, für die Eltern und Gesellschaft aufzukommen nicht in der Lage sind.

Den Druck dieser Reformwelle beschreibt ein weiterer Artikel unter dem Titel »Ende einer Dienstzeit«². Die Lehrerinnen und Lehrer haben Probleme, den normalen Unterrichtsbetrieb aufrechtzuerhalten. Was oben als Hilfe gedacht ist, kommt unten als sinnloser Aktivismus und Schikane an. Eine ganze LehrerInnengeneration wird für die Misere im deutschen Bildungssystem verantwortlich gemacht. Zählt man die Neuerungen der vergangenen Jahre zusammen, kommt man allein in der Grundschule auf fast ein Dutzend Großprojekte.

¹ Uwe Schaarschmidt: Die Ausgebrannten, Die Zeit Nr. 51 vom 14.12.2006

² Martin Spiewak: Ende einer Dienstzeit, Die Zeit Nr. 7 vom 8.2.2007

2. Zunehmend schwierigere Schülerinnen und Schüler

Lehrerinnen und Lehrer werden mehr als früher mit geringer Lernbereitschaft und destruktivem SchülerInnenverhalten konfrontiert und fühlen sich mit diesem Problem allein gelassen. Weder SchulpsychologInnen noch SozialpädagogInnen werden eingestellt, um hier qualifizierte Arbeit zu übernehmen und die Lehrkräfte zu entlasten.

3. Anspruchshaltung der Eltern

In einem Erfahrungsbericht beschreibt Jörg Lau³ die zunehmende Aggressivität von Eltern gegen Lehrkräfte und wie diese mit ihrem Ehrgeiz Lehrerinnen und Lehrer lähmen können.

Überengagement und Vernachlässigung gehen oft Hand in Hand und die Lehrkräfte finden sich oft auf der Anklagebank wieder. »So kommt es zu einer Situation, in der die Schule mit immer mehr Erziehungsfunktionen befrachtet wird, während ihr gleichzeitig von den Eltern die wichtigste Ressource entzogen wird: Vertrauen – in die Institution Schule, in den guten Willen und in die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer.«

4. Fehlen von Erholungsmöglichkeiten durch stundenlanges Am-Stück-arbeiten. Dabei sind enorme Aufmerksamkeitsleistungen in zu großen Klassen bei steigender Arbeitsverdichtung zu erbringen. Die Pausen sind ebenfalls mit Lärm (Aufsicht) und Arbeit (z. B. Kopieren) ausgefüllt oder finden in zu engen LehrerInnenzimmern mit z. T. unzureichenden Sitzgelegenheiten und Ablagemöglichkeiten statt. Die viel zitierten langen Ferien reichen nicht aus, um die Widerstandsressourcen längerfristig aufzufüllen und den Belastungspegel stabil zu halten.

5. Fremdbestimmung durch Reglementierungen mit dem Verlust von selbstbestimmtem, professionellem Handeln. Detaillierte Vorschriften, Vergleichsarbeiten, Statistiken, zunehmende Bürokratisierung und richterliche Nachweisbarkeit der Bewertungs- und Beurteilungskriterien zwingen die Lehrkräfte zu einer vermeintlichen Objektivität, die zu erreichen auch durch noch so eifrige Teamarbeit nicht möglich ist.

6. Fehlende Anerkennung für die Mühen, oft sogar Missachtung, sowohl in der Öffentlichkeit als auch von den Vorgesetzten, Eltern und Schülerinnen und Schülern. Abwertung und Nichtakzeptanz von Lehrerinnen aufgrund ihres Geschlechts.

³ Jörg Lau: Gnade für die Pauker, Die Zeit Nr. 43 vom 20.10.2005

7. Auch die Auswirkungen der **strukturellen Gewalt** im Bildungssystem haben Einfluss auf die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer.

In seinem Roman »Lehrerzimmer« beschreibt Markus Orths⁴, wie Unterwürfigkeits- und Autoritätsstrukturen den Alltag der Lehrerinnen und Lehrer negativ beeinflussen und erwachsene Menschen zunehmend entmündigt werden. Seiner Auffassung nach stützt sich das deutsche Schulsystem auf vier Säulen: Angst, Jammer, Schein und Lüge. Dies ist oftmals kein überzeichnetes Schreckensbild, sondern bereits pure Realität.

Die Jahrzehnte alte Forderung nach mehr finanzieller und personeller Unterstützung erfüllt sich auch im kommenden Schuljahr 2007/08 nicht. Schon jetzt werden die Interessenvertretungen und das Personal informiert, dass keine zusätzlichen Lehrkräfte eingestellt werden und die Klassen und Arbeitsanforderungen eher noch größer werden.

Die neue Billigvariante des Staates ist der Einsatz von Langzeitarbeitslosen und 1-Euro-Jobbern an Schulen und die Fragwürdigkeit dieses Unternehmens in Bezug auf Qualitätssicherung und Aufgabenübernahmen, für die sie nicht ausgebildet sind. Die Bewältigung dieser absurden Situation stellt fachlich wie auch menschlich eine enorme Zusatzbelastung für beide Seiten dar.

8. Sowohl fremdbestimmte als auch eigene erhöhte Erwartungen und unrealistische Forderungen an das Berufsbild des Lehrers und der Lehrerin erhöhen den Leistungsdruck und verursachen ein permanent schlechtes Gewissen.

Mehr leisten, anders arbeiten, mehr Gruppenarbeit, mehr Projekte, mehr Engagement, mehr Zeit für Schule, mehr auf Fortbildungen gehen, mehr aus der Schule raus, mehr in die Schule rein, mehr, mehr, mehr ...

Und dann noch: Frauen sind zu nachsichtig, zu weiblich, Männer sind zu streng, zu männlich, junge Kolleginnen und Kollegen sind zu unerfahren, ältere sind zu starr und zu unflexibel, zu, zu, zu ...

Kein Wunder, dass diese Belastungen über Jahre hinweg meist schleichend zu **berufsspezifischen Krankheitsbildern** führen:

- Schwächung des Immunsystems durch Ärger, Kränkung und Enttäuschung
- Erschöpfung, Reizbarkeit
- Resignation oder Überverausgabung (Workaholic)
- Bluthochdruck
- Tinnitus
- Versagensängste
- Schlaflosigkeit
- Magengeschwüre
- Suchtkrankheiten usw.

⁴ Markus Orths: Lehrerzimmer, Dt. Taschenbuchverlag, 2006

Suche nach Auswegen oder Veränderungen

Nachdem die Probleme des deutschen Bildungssystems schon lange vor den PISA-Studien erkannt und auch benannt wurden und bisher weder strukturell noch persönlich verändert wurden, ist auch eine grundlegende Bildungsveränderung mit Umstrukturierungen, Finanz- und Personalaufstockungen in näherer Zukunft nicht in Sicht.

Da sich jedoch die spannungsgeladene Situation an den Schulen immer mehr verstärkt, die Lehrkräfte durch Krankheiten geschwächt sind, fehlen oder vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden, werden persönliche Gründe für das »Versagen« der Lehrerinnen und Lehrer gesucht oder populäre Meinungen als zukünftige Allheilmittel angepriesen.

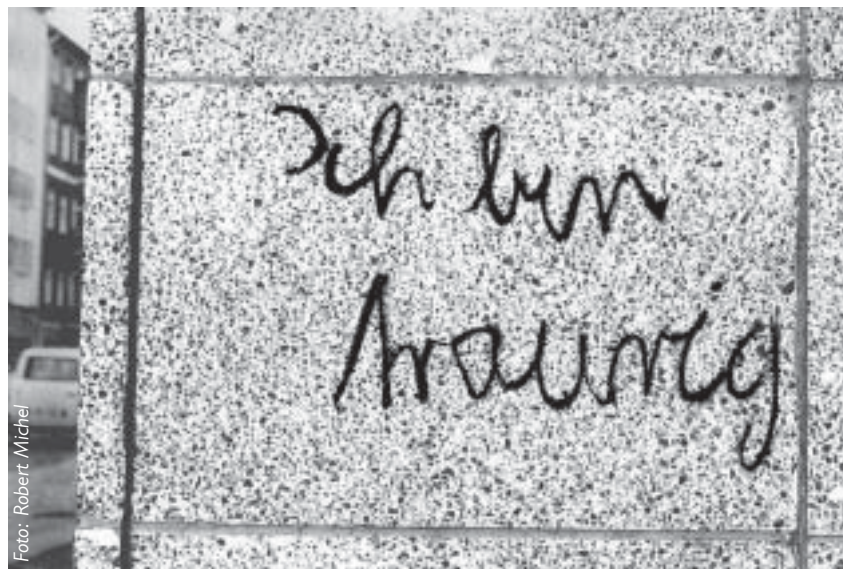
Der Ruf nach Disziplin

Für einige Vorschläge aus seiner Streitschrift »Lob der Disziplin« erhält Bernhard Bueb⁵ großen Beifall aus der Öffentlichkeit (u. a. Bildzeitung) und auch von Lehrkräften. Mit seiner Bestandsaufnahme einer »Ich-alles-sofort«-Gesellschaft und seinem Ruf nach mehr Disziplin und Gehorsam spricht er vielen überforderten Lehrerinnen und Lehrern aus dem Herzen. Doch die Wissenschaft wirft ihm in einer Antwort mit dem Titel »Vom Missbrauch der Disziplin«⁶ Einseitigkeit, begriffliche Ungenauigkeit, reaktionäre Werteeinstellung und Unwissenheit vor.

Es bedarf keiner neuen pädagogischen Diskussion, dass in einem großen Sozialverband wie dem Schulwesen Werte und Regeln aufgestellt, gelehrt, gelernt und eingehalten werden müssen. Wenn Bueb meint, dass klare Grenzsetzungen nötig sind, gebe ich ihm recht, aber ohne die gleichzeitig geforderte Unterwerfung, die er anstrebt. Die aktuelle Frage ist auch: Wenn Kinder und Jugendliche im Elternhaus keine ausreichende Werte- und Regelvermittlung erfahren haben, wie soll dies die Schule, oder besser gesagt, wie soll

⁵ Bernhard Bueb: Lob der Disziplin, List-Verlag, Berlin 2006

⁶ Micha Brumlik (Hrsg.): Vom Missbrauch der Disziplin, Beltz-Verlag, Weinheim 2007



len dies die in ihr arbeitenden Menschen leisten, wenn die Grundlagen dafür bereits vor dem fünften Lebensjahr abgeschlossen sind?

Hier unterstützt Bueb die Interessen der Schulbürokratie und verlangt von den Lehrkräften individuelle Veränderungen und zur Rettung der Bildungsmisere noch mehr persönliches Engagement, Einsatz, Liebe (?) ... über die bisherigen Aufgaben hinaus. Dies dient jedoch nicht der Erhaltung der Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern. Die strukturelle Misere lässt Bueb völlig außer Acht.

Wer bekommt die Verantwortung auferlegt?

Die Lehrerinnen und Lehrer

In der derzeitigen schulpolitischen Diskussion wird die Verantwortung immer wieder auf Einzelpersonen abgewälzt. Die strukturell erforderlichen Veränderungen werden zwar seit Jahrzehnten eingefordert, aber nicht umgesetzt. Eine billige Lösung – auch finanziell gemeint – ist, die Beseitigung aller Probleme den Lehrkräften aufzubürden und auf der persönlichen, psychologischen Ebene anzusetzen. Nach Auffassung der Schulbürokratie, der Eltern und der gesamten Öffentlichkeit müssten sich die Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten nur ein bisschen mehr anstrengen oder anders, d. h. besser arbeiten.

Folgende Verhaltensmuster werden dafür erwartet oder vorgegeben:

1. Durch das Berufsbild

Loyalität • Gehorsam • Belastbarkeit • engagierter Einsatz • Toleranz allen und jedem gegenüber • alles im Griff haben • Verständnis haben für alles und jedes • ständig »gerecht« sein • Emotionen zurückstellen • geduldig sein • keine Verletzlichkeit zeigen usw.

2. Durch die Geschlechterrolle

Das traditionelle Rollenbild von Männern und Frauen ist im deutschen Schulsystem noch sehr verankert. Sowohl im Schulalltag, in der Schulliteratur als auch in den dienstlichen Beurteilungen und Stellenbesetzungen oder im Anteil der Männer und Frauen in den jeweiligen Schularten zeigen sich traditionelle Rollenzuweisungen. Beispiel: In der aktuellen Diskussion über die fehlenden Männer in der Grundschule werden die Grundschulkolleginnen verantwortlich gemacht, weil sie die Schlange stehenden Kollegen einfach nicht in ihr »Mutti«revier lassen wollen, statt die männlichen Kollegen zu fragen, wieso sie sich nicht zutrauen, jüngere Schülerinnen und Schüler zu erziehen und zu unterrichten und sich nicht für den Beruf des Grundschullehrers qualifizieren wollen.

Die Frauen

Nach den traditionellen Rollenvorgaben unserer Gesellschaft für Männer und Frauen erhalten Frauen und Mädchen eher eine Bestätigung oder Anerkennung, wenn sie sich zurückhaltend, abwartend, verständnisvoll, verzeihend und aufopfernd für andere verhalten und die Schuld bei sich selbst in der vermeintlich eigenen Unzulänglichkeit su-

chen. So werden friedfertige Werte wie Anpassung, Einfühlung, Aufopferung und Unterordnung in einer patriarchalisch, hierarchisch geordneten Schulwelt immer noch als Rollenvorgabe für Frauen und Mädchen bevorzugt.⁷

Von diesen bestehenden Rollenstereotypen und aufrechterhaltenen Machtverhältnissen profitiert das Bildungssystem. Ja es erleichtert sogar, die Schuldfrage verstärkt auf die Frauen zu verlagern und sie zusätzlich mit diffusen Schuldgefühlen zu belasten.

Auch für Bueb sind u. a. Frauen am derzeitigen schlechten Zustand des Bildungssystems schuld: »Frauen mit Hochschulabschluss bekommen immer weniger Kinder. Frauen ohne Abschluss immer mehr. Es kommt also eine Flut von unerzogenen Kindern auf uns zu.«⁵ So einfach ist das!

Die Erziehungswissenschaftlerin Sabine Andresen misstraut diesen Aussagen und weist Bueb Frauenfeindlichkeit nach und ein Erziehungsideal, das männlich, bürgerlich und autoritätsbezogen, ja reaktionär ist.⁶

Frauen haben in ihrem Beruf als Lehrerinnen also nicht nur die hohen, von außen gesteckten Anforderungen an den Lehrberuf zu erfüllen, sondern sind gleichzeitig mit den Vorgaben und Werten der weiblichen Sozialisation und deren Auswirkungen konfrontiert. Dies führt zu einer zusätzlichen nötigen Auseinandersetzung um die Fragen, welche Rollenvorgaben – sowohl persönlich als auch strukturell – angenommen und welche abgelehnt oder verändert werden wollen bzw. sollen.

Auswirkungen auf die Gesundheit der Frauen

Durch die o. g. gesellschaftlichen Vorgaben der unterschiedlichen Rollenzuweisungen fallen die Untersuchungsergebnisse aus der Gesundheitsstudie für Frauen noch negativer aus. »Für Lehrerinnen ist ein gutes Verhältnis zu Schülern und Eltern besonders wichtig. Die soziale Sensibilität ist ihre Stärke, macht sie aber gleichzeitig verletzlicher für Beziehungsstörungen, von denen es ja zunehmend mehr in der Schule gibt.«¹ »Lehrerinnen nehmen sich die Probleme bei der Arbeit besonders zu Herzen.«²

Gerade Lehrerinnen, die hohe Anforderungen an sich selbst stellen, ihrer Arbeit eine große Wertschätzung entgegenbringen und Redlichkeit walten lassen, sind gefährdet, ihre psychischen und körperlichen Belastbarkeitsgrenzen ständig zu überschreiten.⁸

Den 2. Teil dieses Artikels veröffentlichen wir in der nächsten DDS. Siehe auch nächste Seite unten!

von **Judith Barnickel**

Lehrerin in Nürnberg
Selbstverteidigungstrainerin



⁷ Margarete Mitscherlich: Über die Mühsal der Emanzipation, Fischer-Verlag 1994

⁸ Marie-France Hirigoyen: Die Masken der Niedertracht. Gewalt am Arbeitsplatz. Dt. Taschenbuchverlag 2002

Für die Menschenrechte der Kurden! Haydar Isiks Verhaftung

Unser Kollege Haydar Isik (69) wurde am 5. Juli verhaftet, mit demonstrativem Aufwand und mit verletzenden Begründungen.

1. Die Haft

Haydar Isik war noch im Pyjama, als er um 6.00 Uhr morgens die Tür seines Hauses in Maisach öffnete. Doch was er da erlebte, musste er als Überfall empfinden: Zwölf Staatsschutzleute und Polizisten, manche im Kampfanzug, drangen ein, durchsuchten vier Stunden lang jeden Raum, beschlagnahmten Computer samt Datenträgern, Handys und Mengen von Papieren. Er bekam gesagt, er sei ein Jahr beobachtet worden und werde wohl mehrere Wochen eingesperrt bleiben; der Einsatzleiter versicherte mehrmals, Deutschland sei keine Bananenrepublik (Haydar hatte das nie behauptet). Auf Bitten seiner Frau wurde er wenigstens nicht in Handschellen abgeführt. Am Donnerstagabend bereits wurde seine Verhaftung in allen Nachrichten in der Türkei berichtet – ein Schock für seine Verwandten dort!

Aufgrund seines schlechten Zustands kam Haydar bald in ein Krankenzimmer, danach in ein etwas seniorengerechteres 6-Bett-Zimmer. Erst nach einer Woche erhielt seine Frau die Erlaubnis zu einem kurzen überwachten Besuch. Am 17. Juli abends erreichte Rechtsanwalt Hartmut Wächter erfreulicherweise die Haftentlassung.

Haydar darf allerdings nicht ins Ausland, muss sich zweimal wöchentlich bei der Polizei melden und bekam den

Haydar Isik, geb. 1937 als alevitischer Kurde in einem Dorf bei Dersim – türk. Tunceli –, war seit 1974 Lehrer für Türkisch in einer Realschule in München, wurde wegen Veröffentlichungen über Rassismus in der Türkei ausgebürgert und ist seit 1984 deutscher Staatsbürger. Von ihm erschienen auf deutsch die Romane »Der Aga aus Dersim« und »Die Vernichtung von Dersim« sowie der Kurzgeschichtenband »Verloren in Deutschland« (genauere Angaben, weitere Informationen sowie Publikationen auf <http://www.haydar-isik.com>).



Kontakt mit etwa 100 Personen verboten. Inzwischen gestand man ihm eine Kopie seines begonnenen Romantextes zu, sodass er (auf einem PC, den er sich neu kaufen musste) daran weiterarbeiten kann.

2. Die Begründung

Haydar wurde die Mitgliedschaft in der verbotenen PKK-Nachfolgeorganisation Kongra-Gel (Volkskongress Kurdistan) zur Last gelegt; deren Mitgliedern wird laut SZ vom Freitag, 6.7. »vorgeworfen, durch das Sammeln von Spendengeldern in vierstelliger Höhe den bewaffneten Kampf der Kurden für einen autarken Staat unterstützt zu haben«. Auch seine Einladung zum Newroz-Fest wurde in diesem Zusammenhang inkriminiert; zudem begründete man sei-

(Fortsetzung nächste Seite)

Mangelhafter Gesundheitsschutz für LehrerInnen

Die vom Bayerischen Kultusministerium angekündigten Maßnahmen zum Gesundheitsschutz von LehrerInnen sind ein Tropfen auf den heißen Stein und ignorieren weiterhin die seit langem geltenden Bundesgesetze. Ich halte dies in mehrfacher Hinsicht für verantwortungslos. Einmal gegenüber dem Lehrpersonal, dessen Gesundheit beim Dienstherrn offenbar keinen sehr hohen Stellenwert hat. Zweitens verursacht der vorzeitige Ruhestand vieler Lehrkräfte aufgrund psychosomatischer Erkrankungen dem Freistaat erhebliche Mehrkosten. Drittens ist die Ignorierung geltender Gesetze skandalös unverantwortlich. Bayern weigert sich beharrlich, auch an staatlichen Schulen ausgebildete Betriebsärzte zur Betreuung der Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus werden die notwendigen Gefährdungsanalysen für diese Berufsgruppe verhindert. Lediglich in Form von Modellstudien hatte das Bayerische Kultusministerium entsprechende Untersuchungen in Auftrag gegeben, die die GEW aber als völlig unzureichend bewertet.

Das Arbeitsschutz- bzw. das Arbeitssicherheitsgesetz verpflichten alle Arbeitgeber (auch die öffentlichen), Fachkräfte für Arbeitssicherheit bereitzustellen, fachlich qualifizierte Betriebsärzte vorzuhalten und regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen vorzunehmen. Es ist offensichtlich, dass die Bayerische Staatsregierung kein besonderes Interesse an diesen dringend notwendigen Maßnahmen des Gesundheitsschutzes

hat. Solche Vorsorgemaßnahmen würden nach unserer Überzeugung das gesamte Schulsystem in Frage stellen. Denn die GEW Bayern sieht in der frühen Selektion in unterschiedlich wertige Schularten einen der Hauptgründe für die psychischen Belastungen der LehrerInnen. Als Folgen des gegliederten Schulsystems sind nicht nur Selbstwertgefährdungen der SchülerInnen erkennbar; es lastet auch enormer Druck auf den bewertenden LehrerInnen. Diese sehen sich beispielsweise den Aggressionen »entwerteter« SchülerInnen oder besorgter Eltern ausgesetzt. Gleiches gilt mit umgekehrten Vorzeichen auch für die Gymnasien.

Außerdem führt das Notensystem als Selektionsmittel für Auf- und Abstieg im hierarchischen Schulsystem dazu, dass nur noch der Notendruck bestimmend ist und die Inhalte des Lernens ihre eigentliche Bedeutung verlieren. Damit sehen sich auch LehrerInnen »entwertet«, psychosomatische Erkrankungen sind vorprogrammiert.

Die GEW Bayern hatte bereits 2005 in einer Eingabe an den Bayerischen Landtag die Anwendung der Bundesgesetze zum Gesundheitsschutz aller LehrerInnen gefordert – bislang ohne erkennbare Reaktion der Staatsregierung. Mit der jetzt durch das Kultusministerium betriebenen »Kosmetik« in dieser Frage zeigt sich, dass man die Erkenntnisse entsprechender Studien über Belastungen in pädagogischen Berufen nicht ernst nimmt.

Oskar Brückner

ne Verhaftung mit Verdunkelungsgefahr. Zweifel am angemessenen rechtsstaatlichen Vorgehen hatte schon der SZ-Berichterstatte: »Weil aber offenbar keine Beweise für schwerwiegende Straftaten vorlagen, behelfen sich Polizei und Staatsanwaltschaft, indem sie die Razzia mit Verstößen gegen das Vereinsgesetz begründeten. Der Leiter des Staatsschutzdezernats am Polizeipräsidium, Jörg Beyse, machte auch keinen Hehl daraus, dass es sich um eine »repressive Maßnahme« gehandelt habe, um das Aufkeimen gewalttätiger kurdischer Aktionen zu unterbinden.« (SZ vom 6.7.).

Ich gehe davon aus, dass nichts die Verhaftung rechtfertigt. Ich lernte Haydar vor über 30 Jahren in der damaligen Bezirksausländerkommission der GEW Oberbayern – heute im LV der Landesausschuss Interkulturelle Bildung (LIB) – kennen und erlebte ihn seither als einen Kollegen, der sich unermüdlich für die Rechte der Kurden einsetzte, aber dabei nie den Weg der Gewalt unterstützte. Im Gegenteil: In einem Artikel vom 1.2.04 hob er hervor: »Der Volkskongress Kurdistan hat ausdrücklich der Gewalt abgeschworen und wollte sich auf zivilen und demokratischen Wegen am Demokratisierungsprozess der Region beteiligen. Jetzt hören und lesen wir mit Entsetzen, dass die Bush-Administration auch diese Organisation als terroristisch eingestuft hat. Manchmal lache ich über diese Ironie, weil ich als Mitglied im Exekutivkomitee des Volkskongress Kurdistan keinem Menschen, Tier oder sonstigem Lebewesen Schaden zugefügt habe, trotzdem werde ich jetzt als Terrorist betrachtet« (vgl. www.haydar-isik.com/index.php?option=content&task=view&id=9).

Ein Foto, das am 6.7. in der SZ als Beispiel früherer kurdischer Gewalt wieder abgedruckt wurde, zeigt, wie OB Ude nach der Besetzung des Kurdischen Elternvereins in der Münchner Lindwurmstraße 1995 die Besetzer aus dem Haus führen konnte. Dass es Haydar war, der hier entscheidend die Vermittlungs- und Deeskalationsarbeit geleistet hatte, stand leider nicht dabei.

Zu dem Vorwurf, er sei ein Befehlsgeber einer gewalttätigen Organisation, kann Haydar nur den Kopf schütteln. Ja, manche Kurden nennen ihn achtungsvoll »Hodscha« und letzthin in einem Cafe erlebte ich selbst mit, wie ihn ein ihm unbekannter junger Kurde erkannte und voll Freude und Ehrerbietung begrüßte. Verwunderlich ist das nicht: Mit seinen Büchern über die Massaker von Dersim (türkisiert »Tunceli«) 1937/38 rief er einen weitgehend unbeachteten Massenmord an Kurden ins öffentliche Gedächtnis und in vielen Artikeln forderte er beharrlich und anklagend, endlich die kurdische Identität anzuerkennen.

Und Haydar hat tatsächlich sehr viel Geld gesammelt – für soziale Projekte in kurdischen Gebieten: für Straßen-

kinder in Dyarbakir und eine Straßenbaumaschine in Dersim (wo er einen Verein zum Wiederaufbau gründete), für ein Jugendkulturzentrum dort und für ein Haus, ebenfalls in Dersim, in dem Frauen für eine Bäckerei, ein Cafe, ein Restaurant und einen Lesesaal die Verwaltung, die Produktion und den Verkauf übernehmen; im Nordirak initiierte er den Bau von drei Schulen (Dibistan – wofür damals von GEW-KollegInnen viel beigesteuert wurde). Diese Aktivitäten sollten den Behörden in München nicht ganz unbekannt sein, denn die Bürgermeisterin von Dersim traf bei einem Besuch auch OB Ude. Wie Haydar versichert, sind alle Spenden belegt; man hätte sich durch einige Telefonanrufe und Faxe kundig machen können – stattdessen wurde ihm jetzt vorgeworfen, er habe mit seinen Sammlungen für Dersim eine Hochburg der PKK unterstützt. Dass er in Wien auf

Einladung von Studenten von seiner schweren Kindheit in Dersim erzählte und natürlich dort auch das Menschenrecht auf muttersprachlichen Unterricht einforderte, wird ihm als Teilnahme an einer PKK-Veranstaltung angelastet. Haydar kommt sich vor wie in einem Text von Kafka. Über die wahren Gründe seiner Verhaftung

kann man vorerst nur mutmaßen: eine demonstrative Aktion im Zuge der zunehmend repressiven Innenpolitik, Gleichsinnigkeit mit türkischen Behörden, individuelle Unerleuchtetheit ... ?

3. Unsere Reaktion

Gegen Haydars Verhaftung gab es internationalen Protest. Die GEW nahm deutlich Stellung in der Presseerklärung des SV München am 6.7. und in den Beiträgen auf der Kundgebung am 7.7. am Sendlingertorplatz. Der Landesvorstand wandte sich am 9.7. in einer Erklärung an die Presse; ein Brief an Ministerpräsident Stoiber, die bayerische Justizministerin und den Innenminister wurde wegen der Freilassung Haydars nicht mehr abgeschickt.

Als Mitglieder einer Bildungsgewerkschaft, die schon vor dreißig Jahren für das Recht auf muttersprachliche Erziehung eingetreten ist, sollten wir uns erneut und verstärkt einsetzen für Kurdisch als reguläres Unterrichtsangebot in der Türkei. Haydar meint, das alleine brächte bereits eine entscheidende Befriedung der Situation in der Türkei. Die GEW sollte den Bundesaußenminister ganz offiziell zu Verhandlungen hierüber auffordern!

von **Otmar Eholzer**

Landesausschuss für interkulturelle Bildung
der GEW Bayern





Den Zahlen ein Gesicht geben ...

... unter diesem Motto hatten die GEW Bayern und der DGB Bayern zu einem Aktionstag anläss-

lich der von der Bayerischen Staatsregierung am 9. Juli in Nürnberg durchgeführten Ausbildungskonferenz aufgerufen. Und mehrere Hundert betroffener Jugendlicher waren diesem Aufruf gefolgt. Ihre Demo führte zur Arbeitsagentur. Sie war laut und bunt und »legte so den Verkehr auf der Regensburger Straße lahm« (NN 10.7.07). Ziel war, auf die prekäre Ausbildungsplatzsituation öffentlich aufmerksam zu machen und z. B. der Forderung nach einem Sofortprogramm für 50.000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze und einer Berufsbildungsabgabe Gehör zu verschaffen.

Im Gegensatz dazu tagten die TeilnehmerInnen der Konferenz aus dem Arbeitsministerium, der Arbeitsagentur, Kammern und Wirtschaftsverbänden unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse ihrer statistischen Auswertung bisheriger Programme zur Ausbildungsförderung sind wohl auch nicht allzu präsentabel.

Bianka Möller, DGB-Jugendsekretärin für Nürnberg/Mittelfranken, wies auf der Kundgebung vor allem auf die prekäre Situation der sog. »AltbewerberInnen« hin, wozu allein im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg mittlerweile 57 Prozent der einen Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen gehören. Diese werden von Maßnahme zu Maßnahme gereicht und auf diese Weise als »versorgt« aus der Statistik gestrichen.

Darauf, dass Maßnahmen wie das EQJ (Sonderprogramm Einstiegsqualifizierung Jugendlicher) jungen Leuten nur selten den Weg in eine Ausbildung ermöglichen, hatte bereits Reinhard Bell, Vorsitzender der Nürnberger Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW, hingewiesen.

Dieser Einsicht konnten sich scheinbar auch die TeilnehmerIn-



Dass die Ausbildungsmisere Auswirkungen auf die gesamte Lebensperspektive der Betroffenen hat, machten die Demo-TeilnehmerInnen mit ihren Losungen deutlich.



In ihren Beiträgen wiesen die Jugendlichen auch die Unterstellung zurück, sie würden die Ausbildungsmisere durch ihre überzogenen Berufswünsche selbst herbeiführen.



nen der Ausbildungskonferenz nicht ganz verschließen. Aber statt die von den Gewerkschaften seit langem geforderte Berufsbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe zu erheben und damit eine überbetriebliche Ausbildung zu ermöglichen, sponsern sie im Rahmen des Programms »Fit for Work« jeden Betrieb für einen zusätzlich (gegenüber dem Durchschnitt der letzten drei Jahre) zur Verfügung gestellten Ausbildungsplatz für AltbewerberInnen oder HauptschulabgängerInnen mit 2000 Euro. K.J.

»Hilfe – ich habe einen neuen Tarifvertrag!«

Die neue Tarifstruktur im öffentlichen Dienst und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsverträge für angestellte Lehrkräfte bei privaten, kommunalen oder staatlichen Arbeitgebern standen im Mittelpunkt einer Tagesschulung der GEW Schwaben in Memmingen. Mit Hans Schuster, dem Justitiar der GEW Bayern, und Joachim Peter Graf, dem Geschäftsführer des GEW-Stadtverbandes München, konnten zwei Fachleute für Theorie und Praxis dieser Materie für die Veranstaltung gewonnen werden.

Jutta Kühlmuß, stellvertretende Vorsitzende des GEW-Kreisverbands Memmingen, begrüßte die TeilnehmerInnen aus ganz Schwaben, die sich trotz des sonnigen Wetters zu dieser Tagung trafen. Sie betonte die Wichtigkeit, angesichts der veränderten tarifpolitischen Rahmenbedingungen solche Informationsveranstaltungen anzubieten und auch auf individuelle Fragen der Beschäftigten einzugehen. Mit dieser Veranstaltung in Memmingen wolle die GEW Schwaben ganz gezielt regionale, wohnortnahe Angebote für ihre Mitglieder und weitere Interessierte machen.

Nach einem Überblick über die aktuelle Tarifsituation sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bildungssektor ging Hans Schuster ins Detail. So gab und gibt es noch immer zuweilen äußerst lückenhafte Überleitungen alter, meist am BAT orientierter Arbeitsverträge in die neuen, an TV-L

bzw. TVöD ausgerichteten Verträge. Hier müssen Betriebs- und Personalräte genau hinsehen und kontrollieren. Aber da es viele Arbeitgeber gibt, die noch keinen Betriebsrat haben, bleibt den Beschäftigten nur, selbst gut aufzupassen und sich zu vergewissern. Hierbei unterstützen die Gewerkschaften ihre Mitglieder mit entsprechender Rechtshilfe.

Angestellte im TVöD sind aktuell bereits gefordert, über die Personal- und Betriebsräte bei der Ausgestaltung des Leistungsentgeltes zu handeln, wollen sie nicht ihre Ansprüche daran verlieren. Nach welchen Kriterien dies jedoch im Bildungsbereich möglich sein soll, ist allerdings höchst fraglich. Soll die Klassengröße entscheiden, bekommt also die Lehrkraft mehr, die mehr SchülerInnen unterrichtet, oder erhält diejenige mehr, die die besseren Notenschnitte erreicht? Wieweit spielt das unterrichtete Fach eine Rolle oder die Frage, was eine Lehrkraft an pädagogischer Arbeit für sozial auffällige Jugendliche leistet? Welche objektivierbaren Kriterien über solche Leistungen entscheiden können, ist bis dato nicht erkennbar, wodurch die Gefahr sehr groß ist, dass Leistungsbezahlung im Bildungsbereich ggf. der Willkür unterliegen könnte.

Ilena Deckwerth, für Tarifpolitik zuständiges Mitglied im GEW-Landesvorstand, forderte abschließend die TeilnehmerInnen dazu auf, sich angesichts der neuen Tarifsituation verstärkt zusammenzuschließen und gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen: »Wir alle wollen gute ErzieherInnen und Lehrkräfte sein, die den uns anvertrauten Kindern und Jugendlichen ideale Bildungs- und Zukunftschancen vermitteln wollen. Aber um diese Aufgaben gut erfüllen zu können, brauchen wir Arbeitsbedingungen, die uns auch selber schützen und jedem von uns eine berufliche Zukunft bieten!«



Hans Schuster und Joachim Peter Graf aus München standen im Mittelpunkt der Diskussions- und Informationsveranstaltung der GEW Schwaben in Memmingen zum neuen Tarifrecht im Bildungsbereich.

Leserbrief zum Artikel »Reinkarnation und Karma als Grundlagen der Erziehung« in DDS Mai 2007

Waldorfpädagogik: Ideologiekritik und/oder gewerkschaftliche Aufgaben

Als Organisationssekretär der GEW Bayern bin ich wahrlich kein Waldorfperte und wage daher nicht, den Artikel von Peter Bierl in der DDS und seine darin enthaltenen Vorwürfe gegen Rudolf Steiner und seine Jünger fachlich zu beurteilen.

Aus meiner gewerkschaftlich-pragmatischen Perspektive finde ich die Vorgehensweise der Redaktion allerdings nicht in Ordnung. Warum habt Ihr nicht einen in der Waldorfpädagogik beschäftigten Arbeitnehmer in die Redaktion eingeladen und mit der Kritik konfrontiert?

Waldorf-Einrichtungen verkörpern auch in Bayern kein zu vernachlässigendes Segment aus dem pluralen Angebot an Kitas, Schulen und Behinderteneinrichtungen, eine bestimmte Anzahl der dort Beschäftigten sind auch Mitglieder der GEW Bayern.

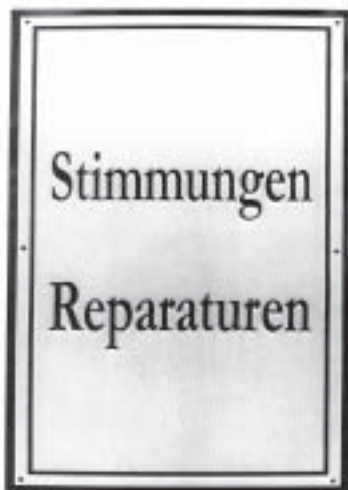


Foto: Robert Michel

Immerhin gilt der anthroposophische Ansatz als Teil der Reformpädagogik (nach Barz, »Der Waldorfkindergarten«, 1984), in der Auseinandersetzung um das neoliberale KiBiG waren sie auf unserer Seite!

Nach Wilma Großmann (»Kindergarten«, 1987) enthält diese Pädagogik Elemente wie

- eine umfassende Kulturkritik
- eine Pädagogik »vom Kinde aus«

- die zentrale Rolle der Kunst bei der Erziehung
- eine ganzheitliche Menschenbildung (musische, handwerkliche und theoretische Fähigkeiten sind gleichwertig).

Jenseits des ideologisch bestimmten Programms gibt es auch in Waldorf-Einrichtungen jede Menge pragmatisch-erzieherischer Ansätze, um sich der heutigen Lebensrealität zu stellen.

Ausgesprochen unfair finde ich den Vorwurf, die Waldorfschulen seien besonders elitär.

Der Freistaat Bayern zwingt durch ungenügende Refinanzierung praktisch alle Privatschulen, Schulgeld zu erheben; außerdem gibt es eine gesetzlich bestimmte Quote für sozial Schwache, die Privatschulen berücksichtigen müssen (EuG Art 96).

Noch wichtiger als eine Ideologiekritik wäre es aus gewerkschaftlicher Sicht, die Interessenvertretung auch der in Waldorfeinrichtungen Beschäftigten als GEW-Aufgabe anzusehen, gerade hier liegt noch vieles vor uns!

Günther Schedel-Gschwendtner
Organisationssekretär
GEW Bayern

**»Sexuelle Gewalt verhindern – Selbstbestimmung ermöglichen«
Tagung zu Vorbeugung und Schutz
für Mädchen und Jungen mit
unterschiedlichen Behinderungen**

Das Risiko von Mädchen und Jungen mit Behinderungen, im Laufe ihrer Kindheit und Jugend sexuelle Gewalterfahrungen machen zu müssen, ist deutlich erhöht. Auch machen viele dieser Kinder und Jugendlichen die alltägliche Erfahrung, dass ihre körperliche Selbstbestimmung, beispielsweise in Pflegestationen und bei medizinisch notwendigen Untersuchungen, eingeschränkt wird, was sie in ihrer Abwehr von sexuellen Übergriffen schwächen kann und ihnen den Eindruck vermittelt, als müssten sie körperliche Grenzverletzungen akzeptieren.

Wie lassen sich die Rahmenbedingungen und Strukturen in Einrichtungen so gestalten, dass diese für Mädchen und Jungen sicherer werden? Wie lässt sich Prävention in den Alltag der Mädchen und Jungen integrieren? Wie kann präventives Arbeiten speziell mit Jungen mit Behinderung aussehen? Und welche juristischen Möglichkeiten gibt es, Mädchen und Jungen mit Behinderung nach einem sexuellen Übergriff zu unterstützen? Neben einführenden Informationen sind dies die Schwerpunktthemen der ReferentInnen aus dem ganzen Bundesgebiet, die ANYMA zu einem Fachtag geladen hat. Er findet am 14.11.2007 von 8.30 bis ca. 17.00 Uhr in den barrierefreien Räumen des Landratsamtes München statt und richtet sich insbesondere an Leitungen und Fachkräfte aus Einrichtungen sowie Verantwortliche in Verbänden und Initiativen der Behindertenhilfe.

Ausführliches Tagesprogramm unter:
www.amyna.de

Um sofortige Online-Anmeldung wird gebeten.
Teilnahmegebühr: ganztägig 80 Euro, nur für die Vorträge am Vormittag 40 Euro.
Telefonische Rückfragen zur Anmeldung unter
0 89-2 01 70 01

**Lust auf mehr? Sexualpädagogik
als Teil von Prävention und
Gesundheitserziehung**

Grundlage für eine Fortbildung für Fachfrauen ist ein ganzheitliches Konzept von Sexualpädagogik, das Informationen vermittelt, Gefühle berücksichtigt, den Körper und die Sinne einbezieht, die Mädchen und jungen Frauen in ihrer sozialen Einbettung in Familie und Gleichaltrigengruppe sieht und das zu sexueller Selbstbestimmung führen will. Gewaltprävention wird als ein integrierter Teil dieser ganzheitlichen Sexualerziehung verstanden.

Termin: 8. - 10.11.2007 • Kosten: 210 Euro
Anmeldeschluss: 10.10.2007
IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für
Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20
kontakt.informationsstelle@imma.de

Dies und Das

Methoden sind das Salz in der Suppe

Anregungen für die alltägliche Seminar- und Gruppenarbeit möchte diese Fortbildung für Fachfrauen geben. Dabei bietet der Workshop Gelegenheit, eine Vielfalt von Methoden zu erleben, sich selbst damit zu erfahren, um dann aus der Fülle heraus mehr Variationsmöglichkeiten für die eigene Arbeit entwickeln zu können. Es ist die Möglichkeit, die passende Methode für die eigene Art zu leiten herauszufinden und der jeweiligen Gruppensituation entsprechende Arbeitsweisen zu entwickeln.

Insbesondere gilt es auch, die Motivation und Widerstände der Teilnehmerinnen und die eigenen Vorlieben und Schwerpunkte zu erkennen. Informationseinheiten und praktisches Ausprobieren sowie Reflektieren findet im Wechsel statt.

Termin: 14. - 16.11.2007 • Kosten: 190 Euro
Anmeldeschluss: 16.10.2007

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für
Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20
kontakt.informationsstelle@imma.de

**Handy – eine Herausforderung
für die Pädagogik**

Jugendliche nutzen das Handy, um SMS und Bilder zu versenden, um zu telefonieren, zu spielen oder um Klingeltöne herunterzuladen. In zunehmendem Ausmaß wird das Handy in den »normalen« Medienumgang integriert, Foto- und Videofunktion und immer größere Speicherkarten machen es zu viel mehr als einem mobilen Telefon. Diese Multifunktionalität des Handys birgt kreative Potentiale, aber auch Probleme.

Im 8. Band seiner Materialien zur Medienpädagogik greift der KoPaed-Verlag die aktuelle Diskussion auf und bezieht sowohl theoretisch als auch praktisch zum Thema Handy Stellung. Im Theorieteil werden grundlegende Erkenntnisse in Zusammenhang mit dem Handy vermittelt. Im praktischen Teil werden zunächst Handlungsnotwendigkeiten und Konzepte der medienpädagogischen Praxis skizziert, bevor abschließend Jugendportale und Angebote rund ums Handy vorgestellt werden. Der Anhang enthält weiterführende Links und Literatur zum Thema.

Damit gibt dieses Buch nicht nur einen Einblick in die aktuelle pädagogische Diskussion rund um das Thema Handy, sondern versucht auch, Antworten zu geben, wie das Thema in der pädagogischen Praxis aufge-

griffen werden kann und welche Handlungsmöglichkeiten sich eröffnen. Das Buch richtet sich sowohl an Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten als auch an pädagogisch Tätige im außerschulischen Bereich. Es umfasst 110 Seiten und kostet 10 Euro. ISBN 3-938028-82-3

Bestellungen an:

kopaed-Verlag

Pfälzer-Wald-Straße 64 • 81539 München

Tel.: 0 89-68 89 00 98 • Fax: 0 89-6 89 19 12

info@kopaed.de • www.kopaed.de

Klassenlektüre zum Nulltarif

Die beiden bekannten Kinder- und JugendbuchautorInnen Gerit Kopietz und Jörg Sommer bekommen nahezu täglich Einladungen zu Lesungen. Besonders beliebt gerade bei weiterführenden Schulen ist nach wie vor die Z.A.P.-Reihe.

Die Z.A.P.-Veranstaltungen sind alles andere als »normale« Lesungen. Immer geht es dabei laut, fröhlich, aber auch hochkonzentriert zu und selbst ausgesprochene Bücher-muffel sind über mehrere Schulstunden(!) mit großer Aufmerksamkeit dabei.

Z.A.P.-Lesungen sind interaktive Literaturevents auch für große Gruppen von mehr als 80 SchülerInnen. Leider sind jedoch zwischenzeitlich viele Bände der Z.A.P.-Reihe vergriffen, auch der besonders beliebte Band »Jagd nach den Turbo-Skates«. Schade für die Klassen, die die Lesungen vor- oder nachbereiten wollen.

Deshalb haben sich die beiden AutorInnen zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen: Sie stellen das komplette Buch »Z.A.P. – Jagd nach den Turbo-Skates« ab sofort als kostenlosen Download zur Verfügung. Der komplette Titel mit 134 Seiten ist als PDF entweder an jedem Computer-Bildschirm lesbar oder kann auch einfach ausgedruckt werden – Klassenlektüre zum Nulltarif!

Download über die AutorInnen-Homepage:
www.kopietz-sommer.de

Neue Internet-Seite des BAMF

Das BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) hat eine neue Internet-Seite eingerichtet, die in deutscher und englischer Sprache zum Thema Integration informiert. Zuwanderer und Zuwanderinnen, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Akteure und Akteurinnen der Integrationsarbeit finden hier inhaltliche Informationen, aber auch Kontaktstellen und Ansprechpartner. Dieser Teil richtet sich an Interessierte.

Konkret können Nutzerinnen und Nutzer sich darüber informieren, was ein Integrationskurs ist und welche Projekte mit welchen Zielstellungen durchgeführt werden. Ein anderer Bereich richtet sich eher an Expertinnen und Experten: »Akteure der Integrationsarbeit.« Hier werden Fachinformationen und Hintergrundmaterialien an-



geboten. Auch die unterschiedlichsten Formulare können heruntergeladen werden. Und natürlich richtet sich ein Bereich auch an Zuwanderer und Zuwanderinnen selbst. Dort gibt es Hinweise für den Alltag – künftig auch auf Russisch und Türkisch. Wichtig schließlich noch: ein Integrationslexikon, das viele Fachbegriffe erläutert. Die Adresse des BAMF lautet: www.integration-in-deutschland.de

Datenbank für die gesamte EU-bezogene Terminologie

Am 28. Juni 2007 wurde eine zentrale Datenbank für die gesamte EU-bezogene Terminologie in den Amtssprachen der Ge-

Dies und Das

meinschaft zugänglich gemacht. Die »InterActive Terminology for Europe« (IATE) enthält 8,7 Millionen terminologische Einträge. Die Datenbank wird von den Übersetzungsdiensten der EU bereits seit 2005 genutzt. Jetzt steht sie allen zur Verfügung, nicht nur Sprachfachleuten oder Übersetzerinnen und Übersetzern, sondern auch den Parlamenten und Verwaltungen und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern. Wer also wissen möchte, was zum Beispiel Grünbuch auf Englisch oder Spanisch

heißt, kann den Begriff eingeben und erhält die Übersetzung. Und man kann sich per Mausklick erklären lassen, was eigentlich ein Grünbuch ist.

Informationen zur IATE-Datenbank: <http://iate.europa.eu>

(Die letzten beiden Informationen haben wir dem DGB-»Forum Integration«, August 2007, entnommen.)



Aufruf...

... an alle Beschäftigten der Wohlfahrtsverbände, kommunaler und privater Träger sozialer Dienste in Bayern

zur Demonstration



- für die ausreichende Finanzierung der Arbeit für und mit Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigen
- gegen die Verschlechterung der Einkommen und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bei BRK, AWO, Diakonie, Caritas, kommunalen und privaten Trägern sozialer Dienstleistungen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die politische Entscheidung, dass der Sozialstaat billiger werden muss, hat dazu geführt, dass die Träger sozialer Dienstleistungen unter einen erheblichen Druck geraten sind. Oft mitverursacht durch Managementfehler und das Verschlafen von zukunftsweisenden Entscheidungen in den Jahren sprudelnder Geldquellen, muss jetzt gespart werden, dass es kracht.

Die angebliche Rettung: Einkommen absenken und Arbeitsbedingungen verschlechtern. Viele Beschäftigte werden mit der Drohung konfrontiert, auf Einkommen zu verzichten oder den Arbeitsplatz zu verlieren. Die betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaften sind einem massiven Druck ausgesetzt, die Tarifverträge zu verschlechtern.

Ein grandioses Eigentor für die Träger, wie wir sagen. Senken wir die Personalkosten, bekommen die Träger geringere Pflegesätze oder Erstattungen. Die Spirale geht nach unten. Gewinner ist letztendlich nur der billigere Sozialstaat. Sonst niemand. Nicht die Träger, nicht die Beschäftigten und ganz bestimmt auch nicht die Menschen, für die Leistungen erbracht werden. Der Fehler liegt im System.

Das muss an die Öffentlichkeit. Deshalb demonstrieren wir am

Samstag, den 29. September 2007

in Nürnberg

um fünf vor zwölf am Nelson-Mandela-Platz (Südseite Hauptbahnhof)

Kundgebung: 13.00 Uhr am Kornmarkt (vor dem DGB-Haus) • Ende gegen 15.30 Uhr

Gemeinsam rufen ver.di und die GEW alle Beschäftigten aus • der Altenhilfe • der Kinder- und Jugendhilfe • dem Rettungsdienst • der Behindertenhilfe • den Beratungsstellen • den Kindertagesstätten • und all den anderen sozialen Einrichtungen auf, nach Nürnberg zu kommen.

Lasst uns gemeinsam auf die Lage der sozialen Dienste aufmerksam machen.

Lasst uns gemeinsam **den Arbeitgebern** klar machen, dass wir nicht mehr länger alles ausbaden werden.

Wir stellen uns weiteren Absenkungen entgegen! Genug gespart auf Kosten der Beschäftigten.

Wir fordern die Arbeitgeber auf, auf die Folgen des Sparzwanges für die Beschäftigten hinzuweisen, sich für eine ausreichende Finanzierung einzusetzen und den Druck nicht einfach an ihre Beschäftigten weiterzugeben.

Denn: Soziale Arbeit ist mehr wert!

Wir sehen uns in Nürnberg!

Interessante Veranstaltungen ab September 2007

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

20.-21.09.07	7. GEW-Jugendhilfekongress. Schwerpunktthema: ErzieherIn – Berufsbild, Verdienst, Ausbildung */** Veranstalter: GEW-Hauptvorstand, Anmeldung: juhi@gew.de	Kongress	Rostock
21.-22.09.07	Wie Gegenwehr organisieren? Gewerkschaftliche Perspektiven und Strategien in der Weiterbildung. Jahresseminar und Workshop der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung.* (s. auch nächste Seite)	Seminar	Kallmünz/Opf.
29.09.07	2. Kongress der Initiative »Eine Schule für alle« */** u. a. mit Prof. Georg Auenheimer, Bernd Dieng (Schulleiterinitiative Baden-Württemberg), diversen AGs (weitere Infos s. Seite 13)	Kongress	Unterhaching Lise-Meitner-Gymnasium 10.30 - 16.00 Uhr
04.10.07	Reform der Hauptschule – Zweigliedrigkeit oder eine Schule für alle? Mit Peter Caspari	Referat mit Diskussion	Peiting, Obb. Gaststätte Dragoner, 19.30 Uhr
09.10.07	Der Mann, der in den Dschungel ging. Zum 40. Jahrestag der Ermordung Che Guevaras. Veranstalter: GEW Nürnberg, DGB-Jugend, ver.di und Die Falken	Infoabend	Nürnberg DGB-Haus 19.00 Uhr
10.10.07	Eine Schule für alle ist möglich. Mit Oskar Brückner	Infoabend	Aschaffenburg Martinushaus, 20.00 Uhr
13.10.07	Mentoring: (Junge) Frauen stärken – im Beruf und in der GEW. Ein Projekt des Landesfrauenausschusses* (weitere Infos s. Seite 27)	Seminar	Nürnberg 10.00 - 16.00 Uhr
13.10.07	Gesund bleiben in pädagogischen Berufen. Gesundheitstag der GEW Oberbayern */** (Programm s. nächste Seite)	Fachtagung	München PI der LHM, 10.00-15.30 Uhr
18.10.07	Info-Veranstaltung zum Tarifvertrag TVöD. Mit Wolfgang Nördlinger	Referat mit Diskussion	Ingolstadt DGB-Haus, 19.30 Uhr
23.10.07	Ganztagesklassen: Erfahrungen und Perspektiven. Mit Ludwig Würfl	Referat mit Diskussion	Freising Viva Vita, 19.00 Uhr
10.11.07	TVöD/TV-L und Überleitung. Informationen für angestellte LehrerInnen.* Mit Günther Schedel-Gschwendtner	Seminar	Nürnberg 10.00 - 16.00 Uhr
19.-20.11.07	Neu als Betriebsrat. Aufgaben, Rechte, Arbeitsweisen – eine Einführung.	BR-Seminar	Niederpöcking
23.-24.11.07	Neumitgliederseminar: Personal, Programm und Politik der GEW kennenlernen.*	Seminar	Bamberg

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:
GEW-Büro, z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, E-Mail: GEW21972@aol.com
** Teilnahmegebühr

Die GEW schreibt zwei Seminarreihen für MultiplikatorInnen aus.

Bildung sichtbar machen.

Die GEW hat in Weiterentwicklung des Konzeptes der »Bildungs- und Lerngeschichten« eine Methode entwickelt, mit der Bildungsprozesse von Kindern in Tageseinrichtungen beobachtet und dokumentiert werden können. Wichtig dabei ist die dialogische Reflexion mit den Kindern. Während andere Verfahren sehr stark auf die Beobachtung der Kinder durch die Erzieherin setzen, will das »Bildungsbuch« Kinder systematisch in die Entstehung ihres Portfolios einbeziehen. Das Konzept hat seit seiner Veröffentlichung in dem Buch »Bildung sichtbar machen« große Resonanz gefunden.

Niemanden zurücklassen!

Inklusion ist die konsequente Weiterführung von Integration. Während der Begriff »Integration« nahelegt, darunter das Hereinnehmen eines Kindes in ein bestehendes System zu verstehen, ohne das System substantiell zu verändern, geht Inklusion davon aus, dass die Realisierung des Rechts aller Kinder auf gemeinsame Bildung und Erziehung nur durch einen umfassenden Reformprozess zu realisieren ist. Schulen wie Kindertagesstätten müssen so ausgestattet werden, dass sie kein Kind aussondern müssen. Alle – Kinder, Jugendliche, PädagogInnen, Eltern, Verwaltung, Politik – tragen dazu bei, dass Inklusion gelingt. Das Konzept der Inklusion beansprucht auch, Fragen der eigenen, persönlichen Haltung bezogen auf Vorurteile und Ausgrenzungen immer wieder zu thematisieren. Der Begriff Inklusion dient auch der Klärung des unscharf gewordenen Integrationskonzepts. Mit dem »In-

dex for Inclusion« hat das englische Centre for Studies on Inclusive Education (CSIE) eine Arbeitshilfe herausgegeben, mit der Bildungseinrichtungen in die Lage versetzt werden, Schritt für Schritt das Prinzip der Inklusion zu verwirklichen. Die GEW hat den »Index« in einer deutschsprachigen Fassung veröffentlicht.

Die Nachfrage nach mehr Informationen, Vorträgen und Seminaren zu beiden Bereichen ist so stark angestiegen, dass sich die GEW entschlossen hat, WeiterbildungsdozentInnen für das Bildungsbuch und für Inklusion in Tageseinrichtungen für Kinder auszubilden.

In jeweils insgesamt 11-tägigen Seminaren – verteilt auf drei Blöcke in sechs Monaten – sollen Kenntnisse der für das Thema relevanten wissenschaftlichen Forschung vermittelt und praktische Übungen der Seminar Didaktik angeleitet werden. Zwischen den Seminaren werden Praxisaufgaben verabredet, z. B. einen Vortrag vor einer Fachschulklasse halten, ein Gewerkschaftsseminar durchführen.

Teilnehmen können: PädagogInnen mit Berufserfahrung in Kindertagesstätten und/oder Fortbildung, Fachberatung, Erwachsenenbildung und besonderen Kenntnissen, Erfahrungen und Interessen in den Bereichen Methodik und Didaktik frühkindlicher Pädagogik, die GEW-Mitglied sind, sich in Seminaren der GEW engagieren wollen und dafür zeitliche und persönliche Ressourcen haben.

Finanzielle Konditionen: Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 1.250 Euro. Darin enthalten sind die Seminarergebühren, Unterkunft und Vollpension. Die darüber hinausgehenden Kosten (ca. 15.000 Euro) finanziert die GEW. Die Kosten sind als Werbungskosten von der Einkommensteuer 2007 bzw. 2008 abzugsfähig.

Weitere Informationen über:

GEW-Hauptvorstand • Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit
Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main
juhi@gew.de • Tel.: 0 69-78 97 33 28 (Bernhard Eibeck)

(Junge) Frauen stark machen in der GEW – für die GEW

Ein Seminar von Frauen für Frauen, die aktiv in der GEW
mitarbeiten (wollen)

Junge GEW und Landesfrauenausschuss laden zu einem Tagesseminar ein
**am Samstag, 13. Oktober 2007
in Nürnberg**

Caritas-Pirckheimer-Haus • 10.00 – 16.00 Uhr

Es geht um

- Austausch von (positiven und negativen) Erfahrungen
- Mentoring im Berufsalltag und in der GEW
- Wissen über Organisation und Abläufe
- Kennenlernen frauenpolitischer Themen
- den eigenen Platz in der GEW finden

Referentinnen:

Anne Jenter, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der GEW

Ingelore Pilwousek, Mitglied des Landesvorstandes der GEW Bayern

Gele Neubäcker, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Bayern

Seminarleitung: Monika Hartl und Renate Oehler

Anmeldung bis 5.10.2007 bitte an GEW z. Hd. Werner Schottenloher
Tel./Fax: 09 41-79 36 95 • GEW21972@aol.com

Jahresseminar der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung

21./22. September 2007

im Hammerschloss Kallmünz (Nähe Regensburg)

Wie Gegenwehr organisieren?

- Gewerkschaftliche Handlungsstrategien in der Weiterbildung -

Freitag:

Referat: **Ware Bildung**. Zur Lage der Bildung, speziell der
Weiterbildung nach 10 Jahren Reformpolitik besonderer Art.

Referent: Hajo Dröll, GEW Hessen, Büro für Weiterbildung Rhein/Main

Samstag (Workshops):

- Arbeitskreis Fachgruppe: Wie kann die Fachgruppe
rekonstruiert, selbst arbeitsfähig werden?
- Arbeitskreis Berufliche Weiterbildung
- Arbeitskreis Gruppe der schein-selbstständigen Lehrkräfte
- bei Bedarf Arbeitskreis zur Kritik der Begriffe Rohstoff
Geist, lebenslanges Lernen, Wissensgesellschaft, Qualitäts-
management, Marketing u. a.

Teilnahmebeitrag: 15 Euro, Fahrtkosten werden gem. GEW-Regelungen übernommen.

Anmeldung bis 10.09.2007 bitte an
GEW Bayern • Schwanthalerstr. 64 • 80336 München
Tel.: 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • sg@bayern.gew.de

... immer das Theater mit dem Papier

ist das Motto des **Freinet-Herbsttreffen vom 12. bis 14. Oktober 2007** in Babenhausen

Von Freitag 18.00 Uhr bis Sonntag 13.00 Uhr gibt es folgende Themenangebote:

Papiertheater • Bilderbuchtheater • Fröbelsterne aus Papier basteln • Lasst Papier sprechen • Papierschöpfen • Papier ohne
Grenzen (Sportspiele) • Barbierschnitt (Haarschneidekurs) • »Papier ist geduldig« - Was ist guter Unterricht?

Anmeldung bitte bis spätestens 15. September 2007 an: Renate Geier, Langgasse 9, 93138 Lappersdorf, Tel.: 09 41-8 09 10 oder rena.geier@web.de

Anfragen an: Ulrike Reinländer, Tel. 0 89-85 28 50, Ulrike-Reinlaender@gmx.de
Ulrich Kersten, Tel. 0 81 06-3 22 24, KerstenUlrich@aol.com

Gesund bleiben in pädagogischen Berufen

Gesundheitstag der GEW Oberbayern

Samstag, 13. Oktober 2007, 10.00-15.30 Uhr

Pädagogisches Institut der Landeshauptstadt München, Herrnstr. 19

10.00 Uhr Vortrag mit Aussprache

Wie können sich Angehörige pädagogischer Berufe trotz der großen Belastung gesund erhalten?

Referent: Dr. Peter Vogt, Chefarzt des Kursanatoriums Beer, Bad Tölz

Therapie-Schwerpunkt: Lehrer mit Burnout-Syndrom

Ab 13.15 Uhr Arbeitsgruppen:

- **Stressmanagement** mit Dr. Peter Vogt
- **Alexandertechnik in pädagogischen Berufen** mit. Dr. Maria Weiss
- **Stimmbildung** mit Dipl.-Musiker Christian Preißler, Stimmbildner
- **Qi Gong** mit Heike Ohland-Seifert, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin,
Kursleiterin Qi Gong
- **Progressive Muskelentspannung** mit Myriam Mändlen, approbierte psychologische
Psychotherapeutin, Kursleiterin Progressive Muskelentspannung und autogenes Training

TeilnehmerInnenbeitrag: GEW-Mitglieder: 10 Euro, alle anderen: 20 Euro

Kontonummer der GEW Oberbayern: SEB München (BLZ 700 101 11), Konto: 1702098500

Nähere Informationen und Anmeldung bis zum 28.09.2007 bei Peter Caspari, Erlenweg 6, 85669 Pastetten,

Tel.: 0 81 24-92 37, Fax: 0 81 24-90 96 32, E-Mail: gew.oberbayern@t-online.de



Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im September Geburtstag feiern, ganz besonders

Friedrich Konrad, Altdorf, zum **86.**

Praxedis Aehlig, Deisenhofen, zum **85.**

Werner Hübner, Fürth, und
Alwin Sandmaier, Augsburg, zum **80.**

Erika Stanka, Treuchtlingen, zum **73.**

Irmgard Schäfer, München, zum **72.**

Eline Pickelmann, Seefeld, zum **71.**

Gerhard Glaser, München, und
Haydar Isik, Maisach, zum **70.**

sowie zum **65.**

Sabine Baginsky, München,
Edith Hirtreiter, Landshut,
Eberhard Efinger, München,
Jürgen Gadow, Bad Berneck,
Horst Kellermann, Kulmbach,
Max Alfred Meyer, Ansbach, und
Helmut Schubert, Landshut.



Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im September gilt unser Dank ganz besonders

Elfriede Bode, München, für **57 Jahre** Mitgliedschaft,

Rita Mannes, Neu-Ulm, für **56 Jahre** Mitgliedschaft,

sowie für **35 Jahre** Mitgliedschaft

Barbara Schreyögg, München,
Sigurd Bischoff, Selb,
Dr. Norbert Fuchs, Erlangen,
Wilhelm Mattes, Laufen,
Bernd Ogan, Nürnberg, und
Karsten Rutsch, München,

Die Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Bayern trifft sich zu ihrer Fachgruppen-Klausur

am 28./29. September 2007 in Nürnberg

von Freitag 16.00 Uhr bis Samstag 14.00 Uhr
im Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstr. 64, Nürnberg

Themen:

Freitag:

- **Tarifpolitik – Positionen und Forderungen**
Referenten: Manfred Doetsch, Mitglied in der Tarifkommission, und Wolfgang Oehmt, Personalrat Nürnberg

Samstag:

- **DQR/EQR (deutscher/europäischer Qualifikationsrahmen) und die Auswirkungen auf die Tarifautonomie.**
Wie viele Stufen fordert die GEW? Ist ein Bachelor professional sinnvoll?
Referent: Reinhard Böckl, Betriebsrat bei BMW

Arbeitsgruppe Berufsschulen

- Ausbildungssituation
- Positionspapier zu neuen Prüfungsformen
- Was uns auf den Nägeln brennt

Arbeitsgruppe FOS/BOS

- Themen werden noch festgelegt, Vorschläge sind willkommen

Anmeldung bei: Erwin Saint Paul
Valeppstr. 2, 81539 München
Tel. 0 89/4 48 86 72
E-Mail: esaintpaul@mnet-online.de

**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband München**

- die münchner bildungsgewerkschaft -



**Mitgliederversammlung
Mittwoch, 10.10.2007
19.00 Uhr Gewerkschaftshaus**

Tagesordnung:

Eröffnung • Wahlen: Präsidium, Mandatsprüfungskommission, Wahlkommission, Landesdelegierte, Vorstandsmitglieder, RevisorInnen, Schiedskommission • Berichte: Vorstand, Schatzmeister, RevisorIn, Mandatsprüfungskommission • Aussprache • Anträge: (Antragsschluss: 23.09.07) Entlastung des Vorstandes • Sonstige Wahlen: Vorstand Schiedskommission, Revision • Referat • Diskussion • Verschiedenes
Ende: spätestens 22.00 Uhr

Referate:

Tarifrunde 2008 – Streik?

angefragt sind:

**Harald Pürzel (Vorsitzender ver.di München)
Günther Mitteregger (stellv. Vors. GEW Bayern)**

Themen könnten sein:

Deutliche Lohnerhöhung • Sockelbetrag gegen die Lohnspreizung • Verkürzung der Arbeitszeit, jedenfalls keine Verlängerung • Streichung § 18 TVöD, zumindest Einfrieren bei 1 % • Streichen der Entwicklungsstufe 1 • Streikkoordination ver.di, GEW, GdP, IG Bau ...

Wer sich bis 23.09.2005 anmeldet, bekommt vorhandene Anträge zugesandt.
Weitere Infos unter www.gew-muenchen.de

GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ... GEW-Stammtische ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Isabella Zang, ☎ 0 60 92/72 71

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfratshausen jeden letzten Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr, Braunbierhaus gegenüber Stadtkirche Bayreuth, 19.00 Uhr Vorstand-Treff
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr, Arbeitslosenberatung: jd. 1. Mittw. 16-18 Uhr und jd. 3. Mittw. 18-20 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Manfred Lindner, ☎ 0 84 56/91 81 73

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/98 48 48, gew-unterallgaeu@gmx.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatlich, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe im AK Gewerkschaften Offene Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, AStA LMU,
Kontakt: gewerkschaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Uni Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB um AStA der LMU, Leopoldstr. 15, 80802 München
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Brauhaus am Markt
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Starnberg jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Reichelbräustüberl, Ackerstraße, Nähe JUZ
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 52 76 85

www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur.
Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter www.AJuM.de (Datenbank) oder www.LesePeter.de.

Im September 2007 erhält den LesePeter das Kinderbuch

Kate DiCamillo: Die wundersame Reise von Edward Tulane

Deutsch von Siggie Seuß • Mit Bildern von Bagram Ibatoulline • Hamburg: Dressler 2006 • 138 S. • geb. • 12,90 Euro (im Januar 2008 als Taschenbuch bei dtv)

Die anrührende Geschichte des Porzellanhasen Edward Tulane, der verloren gehen musste, um die Liebe zu entdecken.